

# AbiKompakt

Elementarwissen für die  
Abiturvorbereitung im Fach Geschichte  
*Infotexte und Strukturbilder*



Texte und Abbildungen wurden verändert übernommen aus:  
Geschichte und Geschehen, Qualifikationsphase Oberstufe,  
Ernst Klett Verlag, Stuttgart 2011

## Zum Inhalt

### Das lange 19. Jahrhundert

- 1.1 Deutschland unter Napoleon 1800 bis 1815
- 1.2 Nationalliberale Bewegung und restaurative Politik 1815-1832
- 1.3 „Einheit und Freiheit“ in der deutschen Revolution von 1848/1849
  
- 2.1 Reichsgründung von oben: Die deutsche Einigung von 1871
- 2.2 Innenpolitische Grundlagen des Kaiserreichs
- 2.3 Außenpolitische Grundlagen des Kaiserreichs
  
- 3.1 Rückblick und Beginn der Industrialisierung
- 3.2 Die soziale Frage und die Arbeiterbewegung
- 3.3 Hochindustrialisierung im Kaiserreichs – Deutschlands Aufstieg vom Spätzänder zum Industriestaat
- 3.4 Die Industrialisierung verändert das Leben der Menschen
  
- 4.1 Ursachen und Theorien des Imperialismus
- 4.2 Der Imperialismus Großbritanniens und der USA
- 4.3 Der deutsche Imperialismus

### Das kurze 20. Jahrhundert

- 5.1 Kriegsursachen und Kriegsbeginn
- 5.2 Der 1. Weltkrieg als „moderner“ Krieg
- 5.3 Epochenjahr 1917
- 5.4 Das Kriegsende
- 5.5 Politischer Umbruch in Deutschland
- 5.6 Friedensverträge 1919-1930
  
- 6.1 Politische Voraussetzungen des Nationalsozialismus 1920-1933
- 6.2 Die nationalsozialistische Ideologie
- 6.3 Das Ende des Rechts- und Verfassungsstaats in Deutschland
- 6.4 Das Herrschaftssystem des NS-Staats
- 6.5 NS-Außenpolitik bis 1939
- 6.6 Der Zweite Weltkrieg

**6.7 Der Völkermord an den europäischen Juden**

**6.8 Opposition und Widerstand**

**7.1 Teilung Europas und Formierung der Blöcke**

**7.2 Deutschland nach dem Krieg**

**7.3 Die Geschichte der Bundesrepublik 1949-1966**

**7.4 Die Geschichte der DDR 1949-1961**

**7.5 Neue Ostpolitik im Rahmen der internationalen Entspannungspolitik**

**8.1 Der Zusammenbruch der Sowjetunion**

**8.2 Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1989/90**

## 1.1 Deutschland unter Napoleon 1800 bis 1815

Während der napoleonischen Herrschaft wurde Deutschland territorial, politisch und sozial umgestaltet und modernisiert. Nach Napoleons Sieg über Österreich besetzte er die linksrheinischen Gebiete. Die betroffenen Fürsten sollten nun vom Reich für ihre Gebietsverluste entschädigt werden. Auf einem Reichstag zu Regensburg 1803 wurden daher weitreichende territoriale Veränderungen vorgenommen (Reichsdeputationshauptschluss): Die meisten geistlichen Fürstentümer wurden aufgehoben (Säkularisation), kleinere Gebiete wurden mittelgroßen Territorien zugeschlagen, ebenso die meisten freien Reichsstädte (Mediatisierung). Auf diese Weise wurde die territoriale Zersplitterung Deutschlands in über 1000 souveräne Staaten, wie sie seit dem Westfälischen Frieden von 1648 existierten, beseitigt. In Deutschland gab es nun nur noch etwa 30 Staaten und einige freie Reichsstädte.

1806 schloss Napoleon 16 süd- und westdeutsche Staaten zum Rheinbund zusammen, die sich vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation lossagten. Daraufhin legte der römisch-deutsche Kaiser Franz II. die Kaiserwürde nieder. Die Fürsten des Rheinbunds erlebten eine Rangerhöhung durch Napoleons Gnaden. Als Gegenleistung mussten sie für die napoleonischen Kriegszüge Truppen stellen und diese mit Lebensmitteln versorgen.

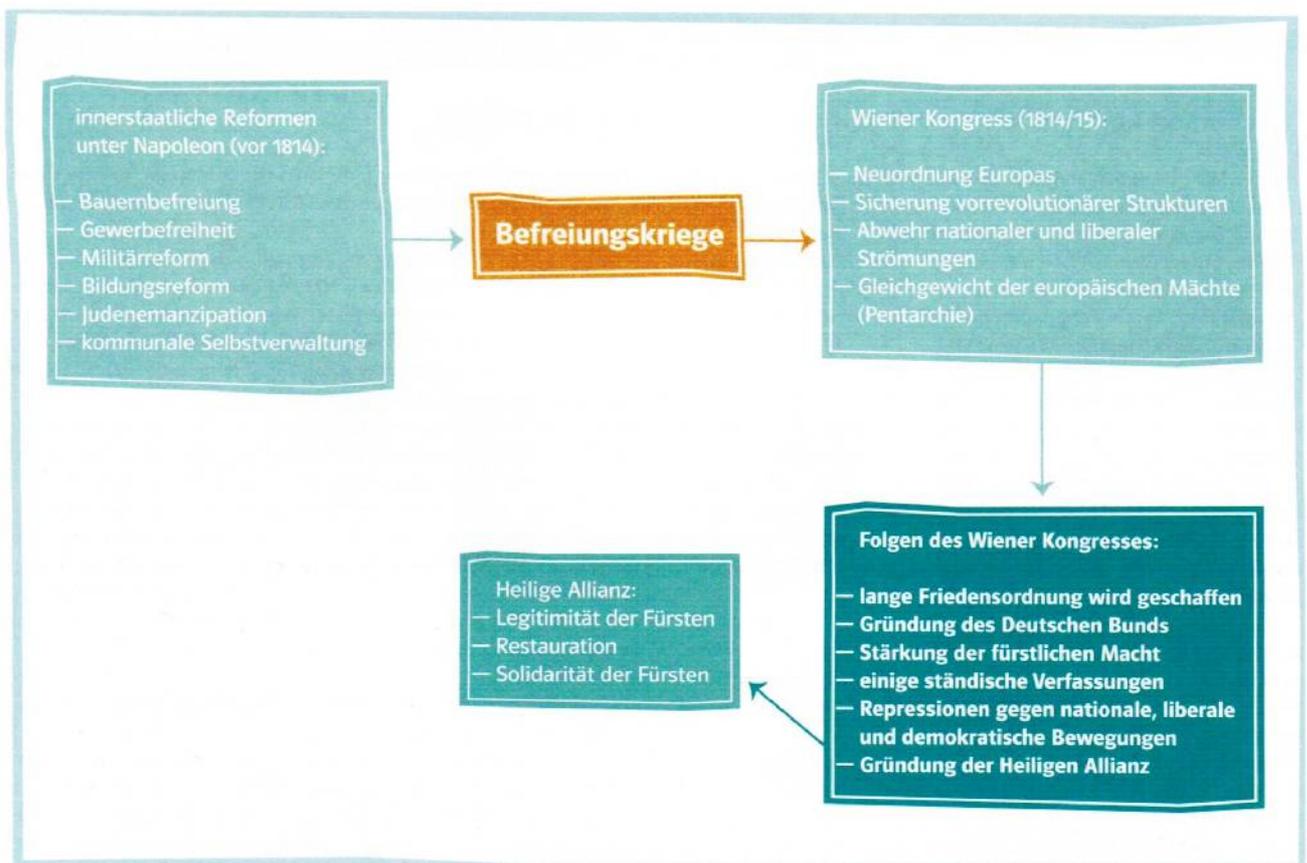
In den Rheinbundstaaten, in denen nun der Code civil galt, kam es in der Folgezeit zu folgenreichen Modernisierungen. Auch andere deutsche Länder, allen voran Preußen, erlebten weitreichende Reformen, deren Leitbild der selbstverantwortliche, mündige Staatsbürger war. Umgestaltet wurden der staatliche Regierungs- und Verwaltungsapparat, die kommunale Selbstverwaltung, die Armee und das Bildungssystem. Bauernbefreiung und Gewerbefreiheit sollten neue ökonomische Initiativen freisetzen, die Judenemanzipation

sollte traditionelle Diskriminierungen beseitigen. Manche traditionellen ständischen Privilegien wurden beseitigt, das Bildungssystem grundlegend erneuert. Durch diese Reformen erlebten viele deutsche Staaten eine fundamentale, in die Zukunft weisende Modernisierung. Die in manchen Staaten wie Preußen oder Österreich abgegebenen Verfassungsversprechungen wurden jedoch nicht eingelöst.

1812 wendete sich mit seinem Russlandfeldzug das Blatt für Napoleon. Der Feldzug endete in einem Fiasko. In den Folgejahren wurde Napoleon durch eine Koalition europäischer Mächte besiegt. In dieser Zeit entwickelte sich in Deutschland immer stärker ein Nationalgefühl, das einerseits das Joch der Fremdherrschaft abschütteln wollte und andererseits einen deutschen Nationalstaat zu errichten suchte.

Auf dem Wiener Kongress 1814/15 wurde über eine Neuordnung Europas beraten. Der österreichische Außenminister Klemens Fürst von Metternich zielte auf eine Restauration der alten, vorrevolutionären Ordnung, um Europa vor revolutionären Erschütterungen zu bewahren. Die von Napoleon getroffene deutsche „Flurbereinigung“ (s. o.) wurde indes nicht rückgängig gemacht, die 1803 entmachteten Fürsten hatten also das Nachsehen. Metternich schloss mit den Monarchen von Russland und Preußen die Heilige Allianz. Diese Allianz vertrat den Gedanken der Restauration, das Prinzip der „Legitimität“ der fürstlichen Herrschaft sowie das Versprechen der gegenseitigen Solidarität (gerichtet gegen die nationalen Freiheitsbestrebungen).

Auf dem Wiener Kongress wurde auch der Deutsche Bund geschaffen. Dabei handelte es sich um einen lockeren Staatenbund auf deutschem Boden, dem 35 Staaten und vier freie Städte angehörten. Vielen Fürsten ging es dabei um die Abwehr demokratischer Bedrohungen, andere ließen Verfassungen zu, die dem Prinzip der Volkssouveränität ansatzweise Rechnung trugen.



## 1.2 Nationalliberale Bewegung und restaurative Politik 1815–1832

Getragen vom Besitz- und Bildungsbürgertum entwickelte sich seit den Befreiungskriegen gegen die napoleonische Herrschaft in Deutschland die nationalliberale Bewegung. Diese Bewegung gewann über die Jahre immer mehr Anhänger, die später im Wesentlichen die Revolution von 1848/49 trugen.

Die nationale Bewegung zielte auf die Schaffung eines deutschen, selbstbestimmten Nationalstaats. Damit stellte sie den auf dem Wiener Kongress geschaffenen Deutschen Bund – ein lockeres Staatenbündnis der Fürsten – infrage und somit die bestehenden Herrschaftsverhältnisse. Auch die von der nationalen Bewegung propagierte Volkssouveränität konkurrierte mit dem Prinzip der fürstlichen Legitimität („von Gottes Gnaden“).

Die liberale Bewegung forderte die Gewährung von elementaren Menschenrechten, die Gewaltenteilung und eine Verfassung, die auch den Fürsten binden sollte. Während die Linksliberalen und Demokraten die rechtliche und politische Gleichheit aller Bürger forderten, schwebte den anderen liberalen Strömungen eher ein Zensuswahlrecht vor, das das Wahlrecht an Bildung und Besitz band.

Gemeinsam war den nationalen und liberalen Kräften, dass sie die bestehenden Herrschaftsstrukturen ablehnten und das Prinzip der Selbstbestimmung bejahten.

Schon kurz nach dem restaurativen Wiener Kongress machte die nationalliberale Opposition auf sich aufmerksam: Auf dem Wartburgfest 1817 warfen einige Hundert oppositionelle Studenten reaktionäre Schriften ins Feuer. Die Ermordung des Dichters Kotzebue durch einen Studenten im Jahr 1819 war der Anlass, im Deutschen Bund die Karlsbader Beschlüsse zu verabschieden. Diese staatlichen Maßnahmen zielten auf eine Bücher- und Pressezensur, die Universitätsüberwachung

sowie auf die „Demagogenverfolgung“, also auf die Verfolgung von Anhängern nationaler und liberaler Ideen.

Mit der Julirevolution in Frankreich erhielt die Opposition neuen Schwung: In Frankreich verfolgte König Ludwig XVIII. eine restaurative Politik, gegen die die Pariser Bevölkerung im Juli 1830 revoltierte. Der König musste abdanken. Diese Revolution wirkte in vielen europäischen Staaten wie eine Initialzündung. Vielerorts kam es zu Revolten, auf die die westlichen Staaten eher mit gemäßigten Reformen reagierten, die deutschen und osteuropäischen eher mit harten Repressionen. Nur wenige deutsche Staaten gewährten ihren Untertanen nun Verfassungen.

Besonders heftig waren die Kämpfe im von Russland beherrschten Kongresspolen. Nachdem der polnische Reichstag den Zaren zeitweilig für abgesetzt erklärt hatte, kam es zur Intervention russischer Truppen, die in Warschau ein Massaker anrichteten. Viele Polen flüchteten ins Exil.

1832 trafen sich im pfälzischen Hambach Zehntausende Vertreter der nationalliberalen Bewegung. Von diesem politischen Großereignis aufgeschreckt reagierten die Landesherrn mit den bekannten Maßnahmen: mit Militär und polizeistaatlichen Repressionen. Die Hauptredner des Hambacher Fests wurden, sofern man ihrer habhaft werden konnte, zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Einige Anhänger der liberalen Bewegung resignierten und zogen sich angesichts verstärkter obrigkeitstaatlicher Repression ins unpolitische „biedermeierliche“ Leben zurück, andere wanderten in freiere Staaten wie die Schweiz, Frankreich, England oder in die USA aus.



### 1.3 „Einheit und Freiheit“ in der deutschen Revolution von 1848/49

Bei der Märzrevolution von 1848 überlagerten sich sozialökonomische mit politischen Spannungen: Durch den einsetzenden Eisenbahnbau und die Dampfschiffahrt wurden Arbeitsplätze vernichtet. Die Massenarmut (Pauperismus) nahm zu, verschärft durch schlechte klimatische Bedingungen und daraus resultierende Missernten. Und trotz polizeistaatlicher Repressionen hatten sich im Untergrund revolutionäre bürgerliche Zirkel organisiert.

Den äußeren Anstoß für die Massenproteste in weiten Teilen des Deutschen Bunds bildete die Februarrevolution in Frankreich. Viele Regierungen in den deutschen Kleinstaaten gaben diesem „Druck der Straße“ rasch nach und versprachen weitreichende Reformen. In Österreich musste Fürst von Metternich flüchten. In Berlin kam es durch versehentlich abgegebene Schüsse von Soldaten auf eine Massenversammlung zu tagelangen Barrikadenkämpfen, bis der König Friedrich Wilhelm IV. einlenkte. In dieser Situation tagte ein Vorparlament, das die Wahl einer Nationalversammlung beschloss.

Diese trat dann als Frankfurter Paulskirchenversammlung am 18. Mai 1848 in Frankfurt in der Paulskirche zusammen. Die Abgeordneten waren in der Regel gebildete bürgerliche Honoratioren, die sich bald in eine kleine linke Fraktion, eine große liberale Mitte und in eine konservative Fraktion schied.

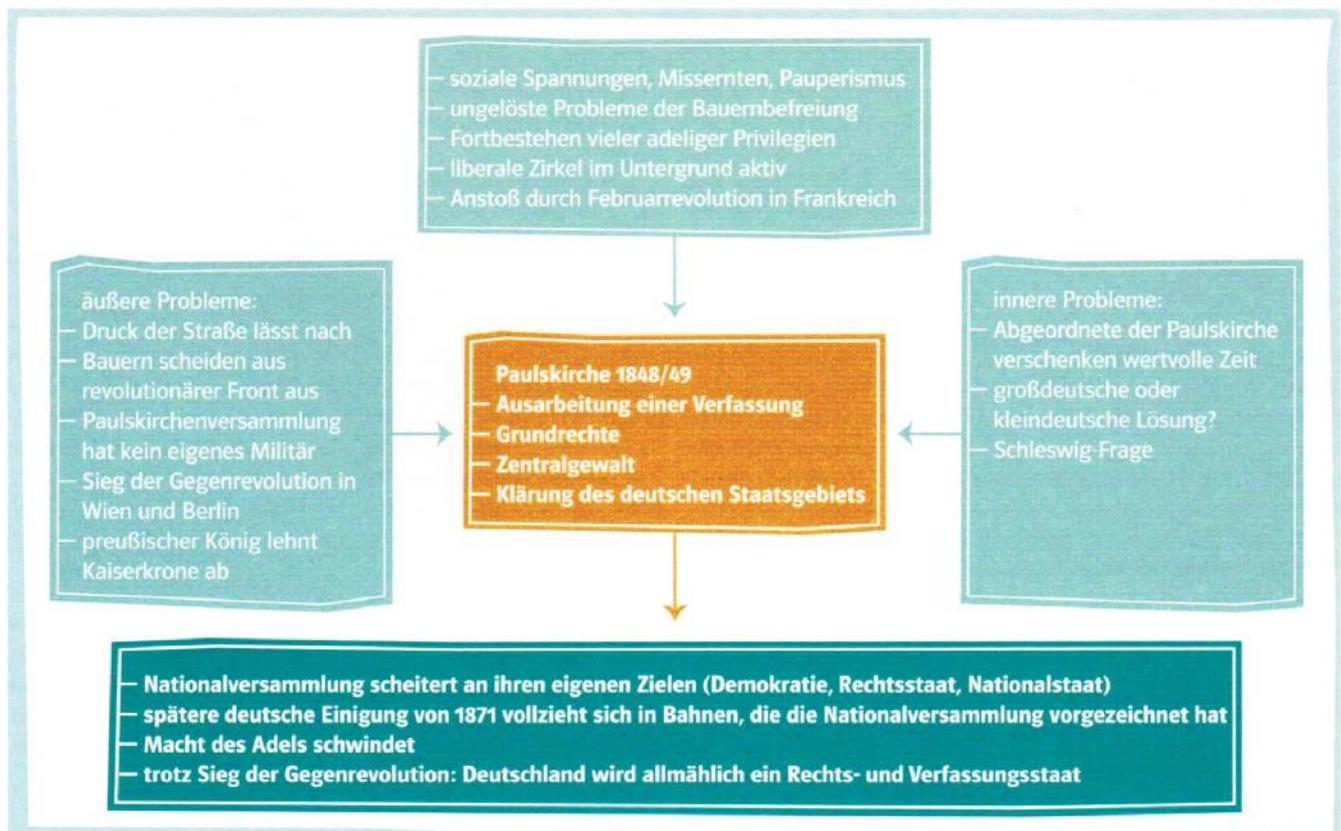
Die Paulskirchenversammlung beriet über die künftige deutsche Verfassung, über die Grundrechte und die Frage der Zentralgewalt. Erbittert debattiert wurde über das Problem, welche Gebiete künftig zu einem deutschen Nationalstaat gehören sollten. Dabei kristallisierten sich zwei Modelle heraus: erstens die großdeutsche Lösung, also

die deutschen Staaten unter Einschluss der deutschen Gebiete Österreichs, zweitens die kleindeutsche Lösung ohne die deutschsprachigen Teile Österreichs.

An der Frage, ob Schleswig zu Dänemark oder zum Deutschen Bund gehören sollte, schieden sich ebenfalls die Geister: Sollte das Selbstbestimmungsrecht der Völker gelten oder ein aggressiver deutscher Nationalismus, der Schleswig vereinnahmen wollte, triumphieren?

Im Herbst 1848 siegte in Wien die Gegenrevolution. Damit fiel die großdeutsche Lösung als Option weg. Im Frühjahr 1849 verabschiedete die Paulskirchenversammlung die Paulskirchenverfassung als erste demokratische Verfassung für den kleindeutschen Staat. Gleichzeitig wählte sie den preußischen König zum künftigen deutschen Kaiser. Dieser lehnte allerdings diese Krone ab, sie wurde ihm ja nicht von seinesgleichen angeboten. Damit war die Nationalversammlung gescheitert. Ein Rumpfparlament floh nach Stuttgart, bei Rastatt verschanzten sich kleine Reste, die dann durch das Militär aufgerieben wurden.

Gemeinhin wird von einem „Scheitern“ der Revolution gesprochen. Und gemessen an ihrem Ziel, einen demokratischen deutschen Nationalstaat zu schaffen, ist die Nationalversammlung tatsächlich gescheitert. Allerdings blieben die liberalen rechtsstaatlichen Ideen lebendig und wurden nicht vollständig beseitigt. Auch die Pressefreiheit und andere geforderte Grundrechte wurden nicht vollständig zurückgenommen. Schwurgerichte wurden eingerichtet. Die von der Obrigkeit ernannten Schultheißen gehörten nun der Vergangenheit an und die spätere (klein)deutsche Einigung (1871) vollzog sich in den Bahnen, die in der Paulskirche vorbereitet worden waren.



## 2.1 Reichsgründung von oben: Die deutsche Einigung von 1871

1849 hatte die Reaktion über die Revolution gesiegt, zahlreiche demokratische Rechte wurden nun wieder aufgehoben. Allerdings war bei vielen Menschen der Wunsch, eine deutsche Einheit zu schaffen, ungeboren. Die nationale Bewegung reflektierte sich etwa in der Gründung der Deutschen Fortschrittspartei 1861 sowie im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein 1863. Doch als der neue preußische König Wilhelm I. den „erzreaktionären Junker“ Bismarck zum preußischen Ministerpräsidenten ernannte, um den Widerstand des preußischen Abgeordnetenhauses gegen den Heeresetat zu brechen, schienen sich die schlimmsten Befürchtungen der Liberalen zu bestätigen.

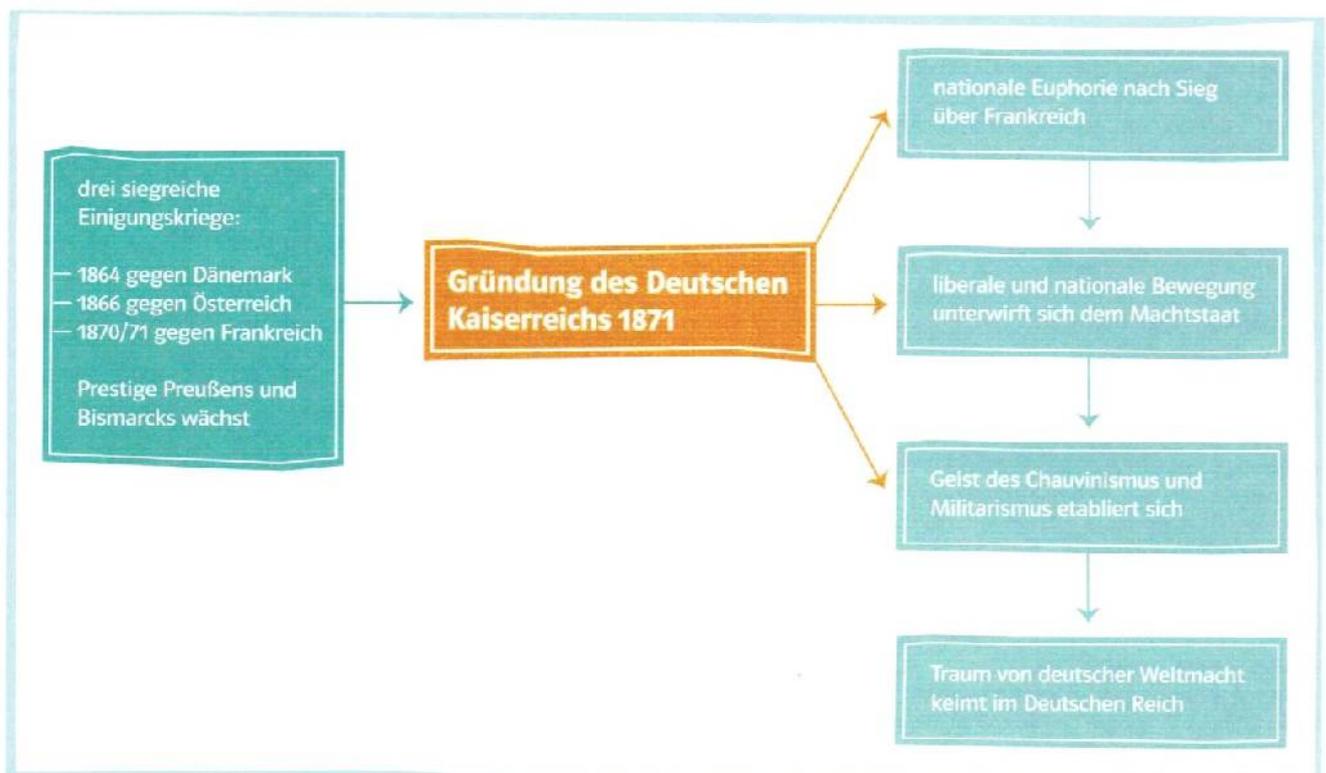
Bismarcks Ziel war eine Einigung Deutschlands unter preußischer Führung. Die Krise um Schleswig und Holstein, bei der Dänemark das Territorium Schleswigs beanspruchte, kam ihm dabei zupass. Das Ergebnis des von Bismarck forcierten Deutsch-Dänischen Kriegs (1864) stärkte das siegreiche Preußen.

Wegen Kompetenzstreitigkeiten bei der Verwaltung Schleswigs und Holsteins kam es dann 1866 zum Krieg zwischen Preußen und Österreich. Nach seinem Sieg bei Königgrätz annektierte Preußen einige norddeutsche Länder und schuf den Norddeutschen Bund, der etwa bis zur Mainlinie reichte. Der Deutsche Bund hörte auf zu existieren. Mit süddeutschen Staaten wurden Schutzbündnisse abgeschlossen. Diese kamen beim Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 zum Tragen.

Der Krieg mit Frankreich wurde von Bismarck bewusst heraufbeschworen. Bismarck kürzte hierzu eine diplomatische Depesche (Emser Depesche) zum preußischen Thronverzicht in Spanien in einer Weise, durch die sich Frankreich gedemütigt sah und daraufhin Preußen den Krieg erklärte. Im Kriegszug gegen Frankreich traten an die preußische Seite auch die süddeutschen Fürsten.

Der rasche Sieg über Frankreich (unter anderem bei Sedan) löste in Deutschland eine nationale Begeisterung aus, der bislang bei vielen Bürgern unbeliebte Bismarck avancierte zum nationalen Helden. Damit war der Boden für die Gründung des Deutschen Reichs geebnet. Der „Erbfeind“ Frankreich war geschlagen, Frankreich musste Elsaß-Lothringen abtreten (langfristig eine der zahlreichen Ursachen für den Ersten Weltkrieg) und eine gewaltige Kriegsentschädigung bezahlen. Der französische Kaiser Napoleon III. geriet in deutsche Gefangenschaft.

Nach erbitterten Verhandlungen unter den deutschen Fürsten wurde am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles der preußische König Wilhelm I. zum Deutschen Kaiser ernannt. Die Reichsgründung war somit ein Werk der deutschen Fürsten und nicht ein Ergebnis der nationalen und liberalen Bewegung. Die Vorbehalte in der liberalen Bewegung gegenüber der autoritären und reaktionären Politik Bismarcks schwanden indes angesichts der nationalen Euphorie, die die Reichsgründung auslöste. Ein lang erstrebtes politisches Ziel vieler Menschen war in Erfüllung gegangen. Die andere Seite der Medaille war jedoch, dass ein aggressiver Militarismus breite Bevölkerungsschichten erfasste. Dafür stehen die zahlreichen Feiern am „Sedantag“ sowie die Gründung zahlloser Kriegervereine im Deutschen Kaiserreich mit Millionen von Mitgliedern. Auf diesem Boden keimten die folgenreichen deutschen Weltmachtsfantasien.



## 2.2 Innenpolitische Grundlagen des Deutschen Kaiserreichs

Die Verfassung des Deutschen Kaiserreichs atmete den Geist des Obrigkeitsstaats. Allerdings konnte in den gut vierzig Jahren des Kaiserreichs auch das zarte Pflänzchen des Parlamentarismus ein wenig sprießen. Dem Reichstag wurden nur wenige Kompetenzen eingeräumt, er konnte nicht den Reichskanzler bzw. die Regierung wählen, der Reichskanzler wurde vom Kaiser bestimmt und ernannt. Aber Gesetze konnten weder gegen den Reichstag noch gegen den Bundesrat (also gegen die 25 Bundesstaaten) oder gegen den Willen des Kaisers verabschiedet werden. Hier musste sich der Reichskanzler bei Gesetzesvorhaben Mehrheiten sowohl beim Reichstag als auch beim Bundesrat suchen, und gegen den kaiserlichen Willen konnte er auch nicht agieren. Der Kaiser hatte das Recht der Reichstagsauflösung. Während bei Reichstagswahlen das gleiche und allgemeine Wahlrecht galt, gab es bei Wahlen in einzelnen Bundesstaaten (etwa in Preußen) noch ein Wahlrecht, das an Besitz und Steuerzahlung gebunden war.

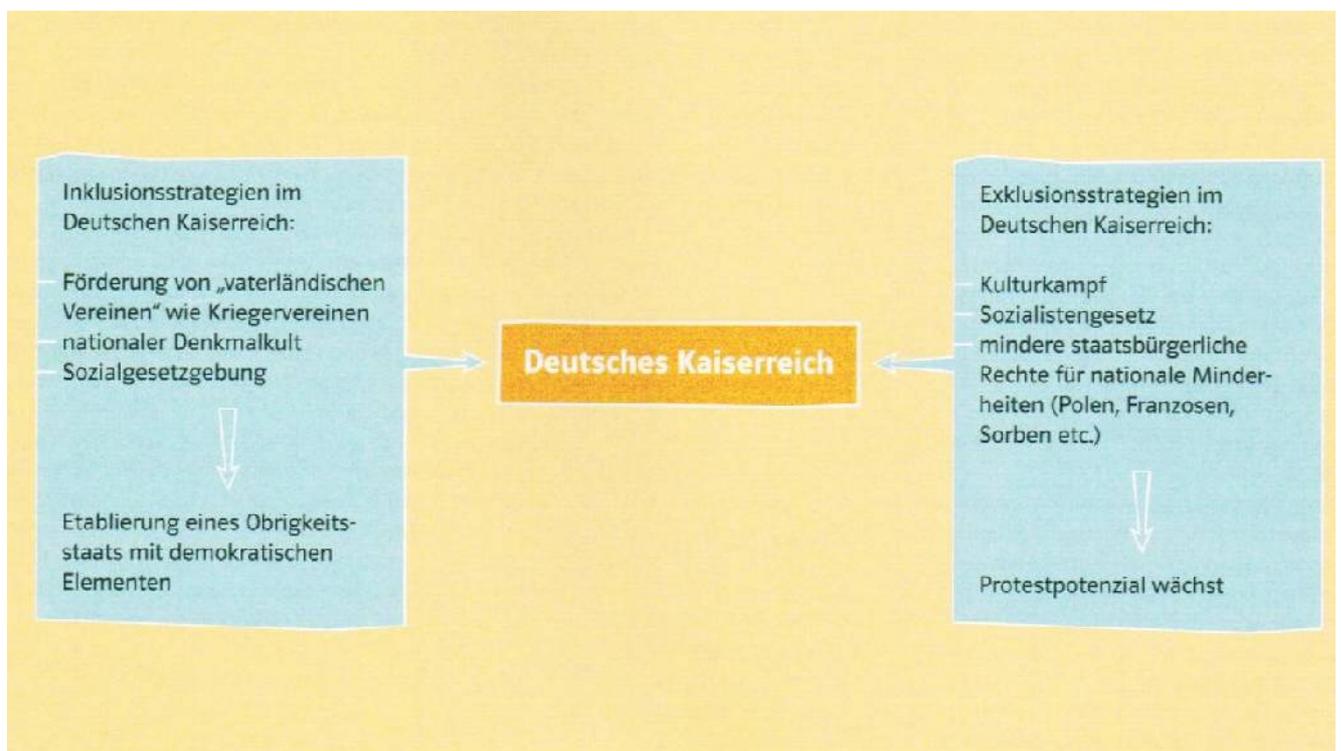
Im Kaiserreich entwickelten sich die Grundmuster des Parteiensystems, das noch in der Weimarer Republik und in der Bundesrepublik wirksam blieb. Den konservativen Parteien standen liberale Parteien, das katholische Zentrum und die Sozialdemokratie gegenüber. Im Kaiserreich wuchs allmählich der Grad der politischen Partizipation im Rahmen von Parteien und Vereinen. Allerdings genossen nicht alle Menschen die gleichen staatsbürgerlichen Rechte, wie etwa nationale Minderheiten.

Sozial und politisch diskriminiert blieben insbesondere in den ersten zwei Jahrzehnten des Kaiserreichs die Sozialdemokraten und die

religiöse Minderheit der Katholiken. In der Sicht Bismarcks galten beide Gruppen als „Reichsfeinde“, die mit Ausnahmegesetzen überzogen wurden:

Die kulturelle und soziale Stellung der Katholiken wurde im Kaiserreich im Rahmen des „Kulturkampfes“ durch den Kanzelparagraf beschnitten, durch die Einführung der Zivilehe und die Einführung der staatlichen Schulaufsicht, die die geistliche Aufsicht ablöste. Katholische Geistliche, die sich gegen diese Maßnahmen wandten, mussten mit harten Repressalien rechnen. – Ähnlich erging es den Sozialdemokraten, die durch das Sozialistengesetz (1878–1890) schikaniert wurden. Partei und Arbeitervereine wurden entweder verboten oder polizeilich überwacht, Ausweisungsbefehle ruinierten berufliche Existenzen und soziale Beziehungen, Gewerkschaftsmitglieder mussten mit betrieblichen und staatlichen Sanktionen rechnen. Diese repressiven Maßnahmen erreichten ihr Ziel letztlich nicht. Sie schweißten vielmehr den Kreis der Diskriminierten zusammen und erweiterten deren Wirkungsradius.

Reichskanzler Bismarck versuchte durch seine Sozialgesetze (Kranken- und Rentenversicherung, Unfallversicherung), die Arbeiterschaft mit der bestehenden sozial ungerechten Klassengesellschaft auszu-söhnen. Doch auch diese Maßnahmen erreichten ihr Ziel nicht. Die sozialistische Arbeiterbewegung konnte im Kaiserreich ihre Basis kontinuierlich verbreitern, die SPD wurde schließlich bei den Reichstagswahlen 1912 die stärkste Partei im deutschen Reichstag.



### 2.3 Außenpolitische Grundlagen des Deutschen Kaiserreichs

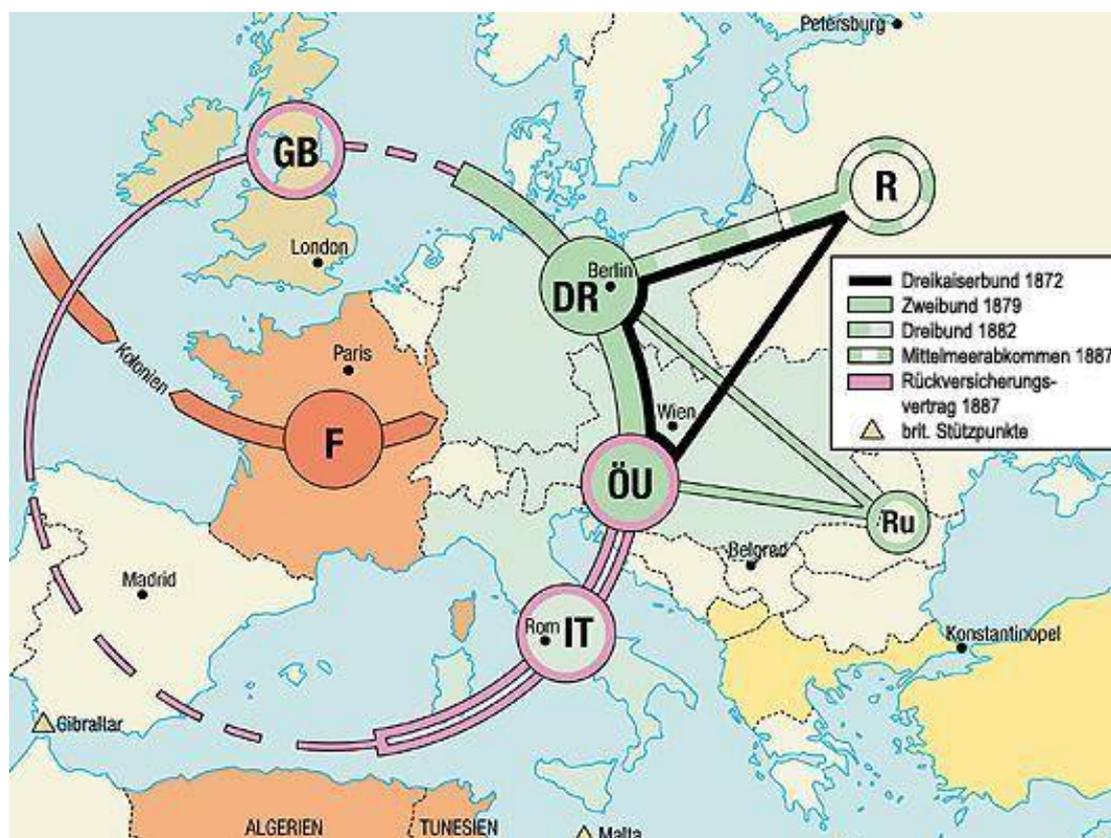
Durch die Gründung des Deutschen Kaiserreichs 1871 sahen andere Länder das europäische Gleichgewicht gestört – man betrachtete das mächtige Reich mit Misstrauen. Reichskanzler Bismarck verwies hingegen darauf, das Reich sei „saturiert“. Sein Ziel waren also nicht Gebietsveränderungen, sondern die Wahrung des Status quo. Dafür glaubte er Frankreich durch ein System aus defensiven Bündnisverträgen politisch isolieren zu müssen. Dem diente das 1873 geschlossene Dreikaiserabkommen: Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland verpflichteten sich darin zu einem friedlichen Interessenausgleich.

Die Balkankrise seit 1875 gab Bismarck die Chance, als „ehrllicher Makler“ bei der Konfliktregelung keine eigenen Interessen zu verfolgen. Infolge der Schwäche des Osmanischen Reichs richteten insbesondere Russland sowie Österreich-Ungarn begehrlliche Blicke auf den Balkan. Auf dem Berliner Kongress 1878 wurden hierzu Lösungen entwickelt.

Da die Balkankrise das Dreikaiserabkommen von 1873 hinfällig werden ließ, handelte Bismarck mit Österreich-Ungarn den geheimen Zweibund aus. Er sah vor, dass sich im Falle eines russischen Angriffs die beiden Partner militärisch unterstützen sollten, 1882 trat Italien diesem Bündnis bei (Dreibund). Im 1887 zwischen Deutschland und Russland geschlossenen Rückversicherungsvertrag versicherten sich die Länder Neutralität, sollte einer der Bündnispartner angegriffen werden. Sollte also Frankreich Deutschland angreifen, würde sich Russland neutral verhalten.

Bismarcks kompliziertes Bündnisgeflecht zerfiel 1890. Der junge Kaiser Wilhelm II. nötigte den alten Reichskanzler zum Rücktritt und

sprach selbst von einer „neuen Ära“, in der Deutschland sich politisch nicht durch viele Bündnisse einengen lassen, sondern selbst – wie die anderen Mächte auch – Großmachtpolitik betreiben sollte. Diese Neuausrichtung war mit einer Abkehr von der Politik der defensiven Bündnisse verbunden. So kam es 1892 zu einer Annäherung zwischen Frankreich und Russland. Die forcierte deutsche Aufrüstung, vor allem die Flottenpolitik des Admirals Tirpitz, irritierte wiederum England, das nun seinerseits massiv seine Seestreitmächte aufrüstete und mit Deutschland ein fatales Wettüsten zur See auslöste.



### 3.1 Rückblick auf den Beginn der Industrialisierung

Der Industrialisierungsprozess lässt sich in zwei große Phasen einteilen: In der ersten Phase, die im ausgehenden 18. Jahrhundert vor allem in England einsetzte, standen die Textil- und Schwerindustrie im Mittelpunkt – bei letzterer vor allem der Maschinen- und Eisenbahnbau. In der zweiten Phase, der sogenannten Hochindustrialisierung oder zweiten industriellen Revolution (in Deutschland um 1880/1890), bildeten die Chemie- und die Elektroindustrie die industriellen Leitsektoren.

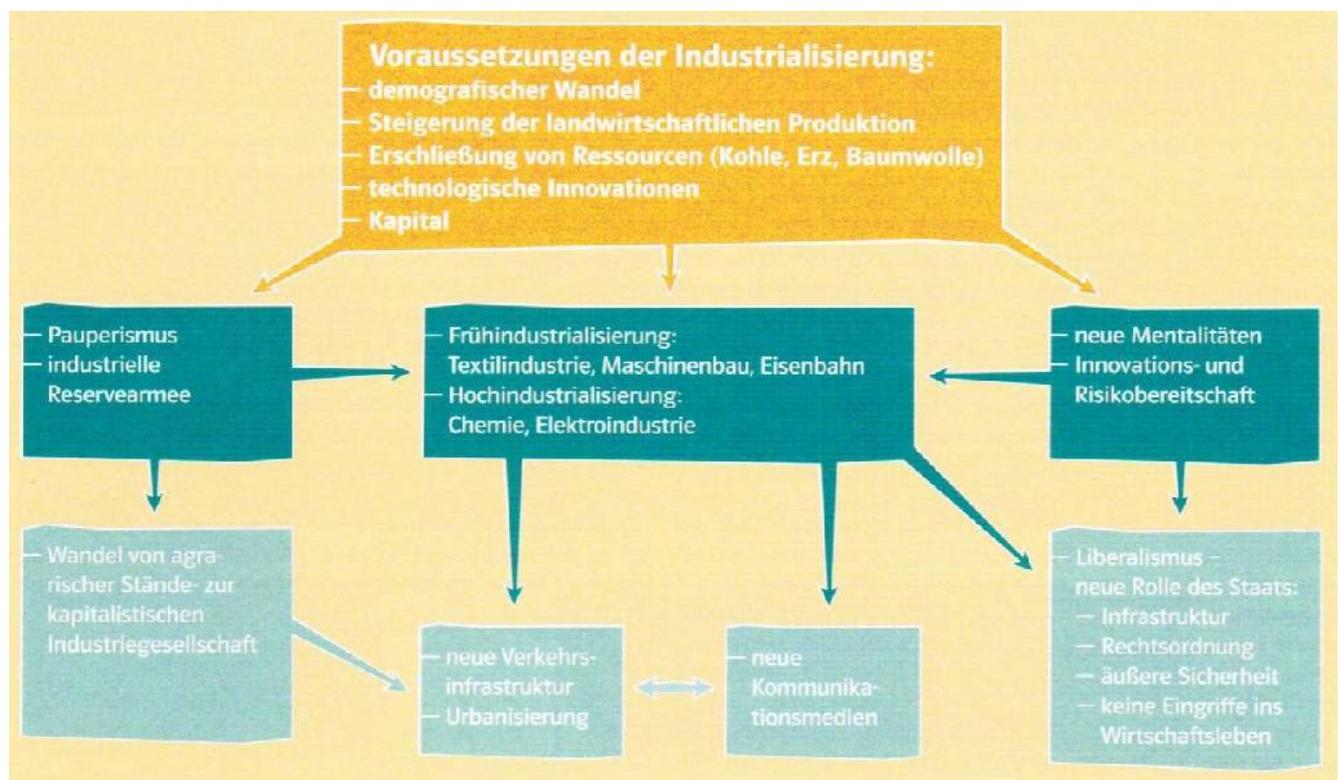
Begünstigt wurde die Industrialisierung durch die demografische Entwicklung; landwirtschaftliche Innovationen ermöglichten eine breitere Ernährungsgrundlage und bildeten so eine wichtige Voraussetzung für ein beschleunigtes Bevölkerungswachstum. Neben einem großen Arbeitskräftereservoir („industrielle Reservearmee“) waren die Erschließung wichtiger Ressourcen (Baumwolle, Eisenerz, Kohle), bahnbrechende Erfindungen (Dampfmaschine, Baumwollspinnmaschinen und neue Verfahren der Eisenverarbeitung) sowie eine beachtliche Anhäufung an Kapitalmitteln (zur Finanzierung neuer Technologien, Fabriken, Bergwerke, Eisenhütten und Eisenbahntrassen) unabdingbar für das industrielle Wachstum. Ein verbreiteter Bankensektor und die Möglichkeit zur Gründung von Aktiengesellschaften schufen zudem neue Finanzierungsmöglichkeiten.

Durch die industrielle Revolution veränderten sich die Formen des Zusammenlebens und der Arbeit fundamental. Die Gesellschaften wandelten sich von Agrar- zu Industriegesellschaften. Ständische Strukturen wurden abgelöst durch neuartige Klassenstrukturen. In manchen Ländern ging die konfliktreiche industrielle Revolution auch mit einer sozialen und politischen Umwälzung einher (zum Beispiel 1848/49). Neue Kommunikationsmedien (unter anderem Telegrafien, Massenmedien) und -strukturen sowie der systematische Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (Eisenbahn und Dampfschiffahrt) ermöglichten

den Transport von Menschen und Gütern in einem bisher nicht gekannten Ausmaß und Tempo. Bedingt durch eine starke Zuwanderung wuchsen viele Städte rasant. Hier manifestierten sich die neuen Klassengegensätze und die Verarmung breiter sozialer Schichten (Pauperismus) in erschreckender Art und Weise.

Die Industrialisierung war begleitet von einem Mentalitätswandel, der von einem neuartigen Gewinnstreben und einer hohen ökonomischen Innovations- und Risikobereitschaft gekennzeichnet war. Während der Industrialisierung veränderte sich auch die Rolle des Staates. Theoretiker des Wirtschaftsliberalismus verwiesen den Staat in eine „Nachwächterrolle“; er solle nicht in das soziale wie ökonomische Geschehen eingreifen, das ungezügelt individuelle Gewinnstreben diene letztlich der Herbeiführung eines Allgemeinwohls (Adam Smith), die „unsichtbare Hand“ von Marktkräften (Angebot und Nachfrage) schaffe den Ausgleich zwischen den Bedürfnissen und Interessen der verschiedenen Akteure auf dem Markt. Der Staat solle lediglich auf die Einhaltung der Rechtsordnung achten, die nötige Infrastruktur bereitstellen und den äußeren Schutz gewährleisten.

Die Industrialisierung wird bisweilen als zweiter großer Einschnitt in der Menschheitsgeschichte (nach der neolithischen Revolution vor etwa 10 000 Jahren) gedeutet. Viele Ökonomen sind der Meinung, gegenwärtig vollziehe sich durch die Informationstechnologie eine dritte, digitale Revolution, die die Lebens- und Arbeitsverhältnisse sowie die globalen Austauschbeziehungen erneut grundlegend verändere.



### 3.2 Die soziale Frage und die Arbeiterbewegung

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die sozialen Missstände, die mit der industriellen Revolution einhergingen, auf verschiedenen Ebenen diskutiert. Verantwortungsbewusste Unternehmer sorgten sich um das Wohlergehen, aber auch um die Loyalität ihrer Stammbesatzung. Daher richteten sie Kranken- und Pensionskassen ein, um qualifizierte Arbeiter an die Firma zu binden. Die Beiträge wurden paritätisch, also vom Unternehmen wie auch vom Arbeitgeber aufgebracht. Dieses Modell wurde später von der staatlichen Sozialversicherung übernommen. Einige Unternehmen errichteten Werkwohnungen – vor allem für Facharbeiter –, um deren enge Bindung an das Unternehmen zu sichern.

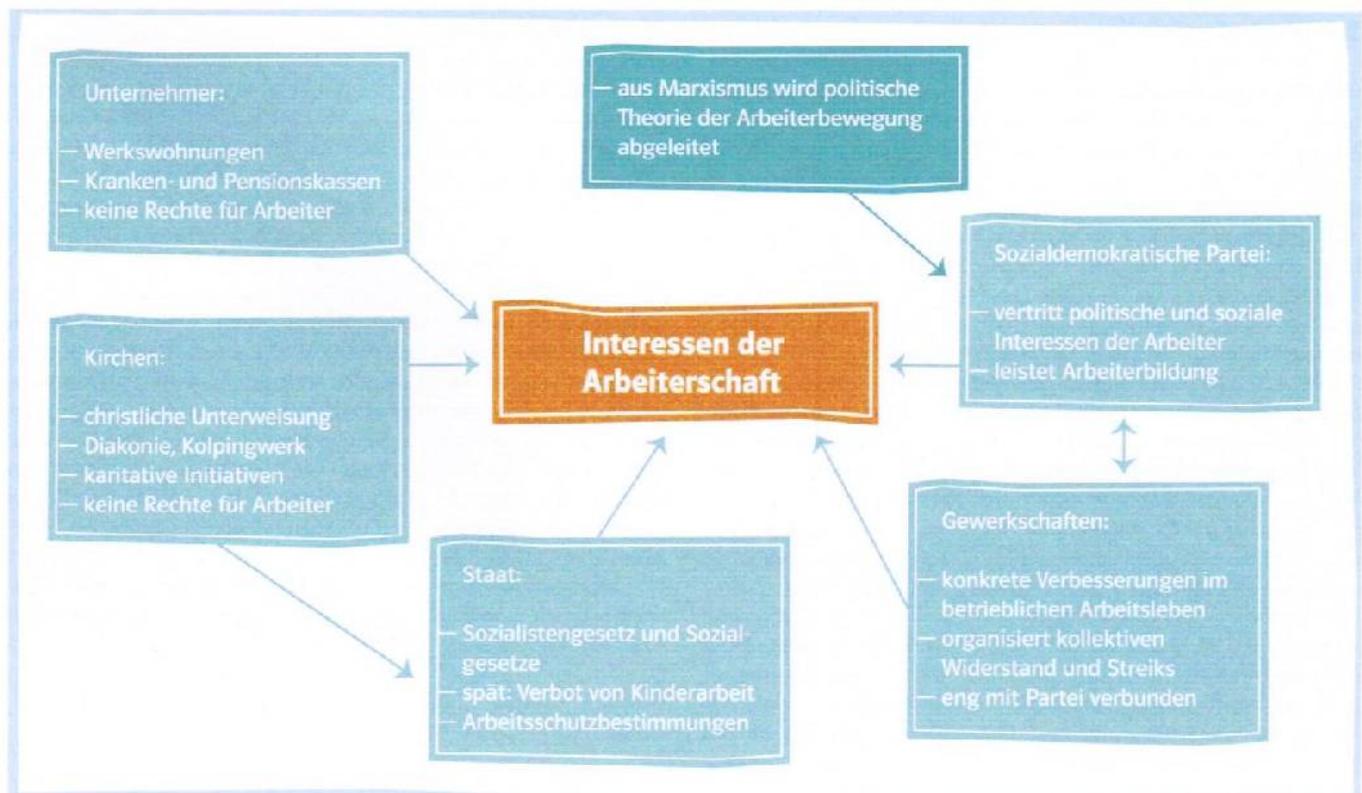
Auch die katholische und die evangelische Kirche versuchten, der sozialen Frage durch verschiedene soziale Einrichtungen zu begegnen, nachdem sie im Zuge der Säkularisation an Einfluss verloren hatten: Diakonie und Innere Mission, Kolpingwerk und das „Rauhe Haus“ bemühten sich um verwahrloste junge Arbeiter, allerdings war die Reichweite dieser humanitären und christlich motivierten Maßnahmen sehr begrenzt.

Marx und Engels entwickelten in der Nachmärzzeit mit dem Marxismus ein theoretisches Modell, das die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft grundsätzlich analysierte. Sie vertraten die Auffassung, dass die Herrschaft der oberen sozialen Klasse (Bourgeoisie) notwendigerweise ihrem Ende zugehe. Die Klassengegensätze zwischen der Bourgeoisie und den abhängig

beschäftigten Arbeitern (Proletariat) würden sich permanent verschärfen; damit würde die Macht einer zunehmend selbstbewussten Arbeiterklasse wachsen.

Marx' und Engels' „Manifest der kommunistischen Partei“ wurde zu einer wichtigen Grundlage der sich allmählich selbst organisierenden Arbeiterbewegung. Die Selbsthilfeorganisationen der Arbeiterschaft galten jahrzehntlang als illegal. Da sie sowohl von Unternehmen wie vom Staat bekämpft wurden, schweißten sich die Arbeiterorganisationen stärker zusammen und bekamen immer stärkeren Zuspruch. Bismarcks „Gesetz wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ (Sozialistengesetz) erreichte seine Ziele ebenso wenig wie sein Versuch, die Arbeiterschaft durch innovative Sozialgesetze stärker an den Staat zu binden. Die Sozialdemokratie wurde im Deutschen Kaiserreich zur stärksten Partei, die Arbeiterorganisationen und die Gewerkschaften wuchsen kontinuierlich an – zumal es ihnen gelang, konkrete soziale Verbesserungen für die Arbeiterschaft zu erkämpfen.

Die politischen und sozialen Eliten des Kaiserreichs bekämpften die Sozialdemokratie weiterhin mit allen Mitteln. Umgekehrt standen große Teile der Arbeiterbewegung dem Klassenstaat feindlich gegenüber. Diese Frontstellung wurde im Ersten Weltkrieg teilweise überbrückt, nachdem die Sozialdemokraten den Kriegskrediten für den Ersten Weltkrieg zugestimmt hatten („Burgfrieden“). In der Weimarer Republik brachen die Gegensätze schließlich umso heftiger auf.



### 3.3 Hochindustrialisierung im Kaiserreich – Deutschlands Aufstieg zum Industriestaat

Die Hochindustrialisierung – auch zweite industrielle Revolution genannt – vollzog sich in Deutschland erst in den beiden letzten Jahrzehnten vor dem 20. Jahrhundert. Eine entscheidende Rolle spielten hierbei der Maschinenbau, die Großchemie und die Elektrotechnik. Diese Branchen sollten auf dem Weltmarkt rasch eine führende Rolle übernehmen.

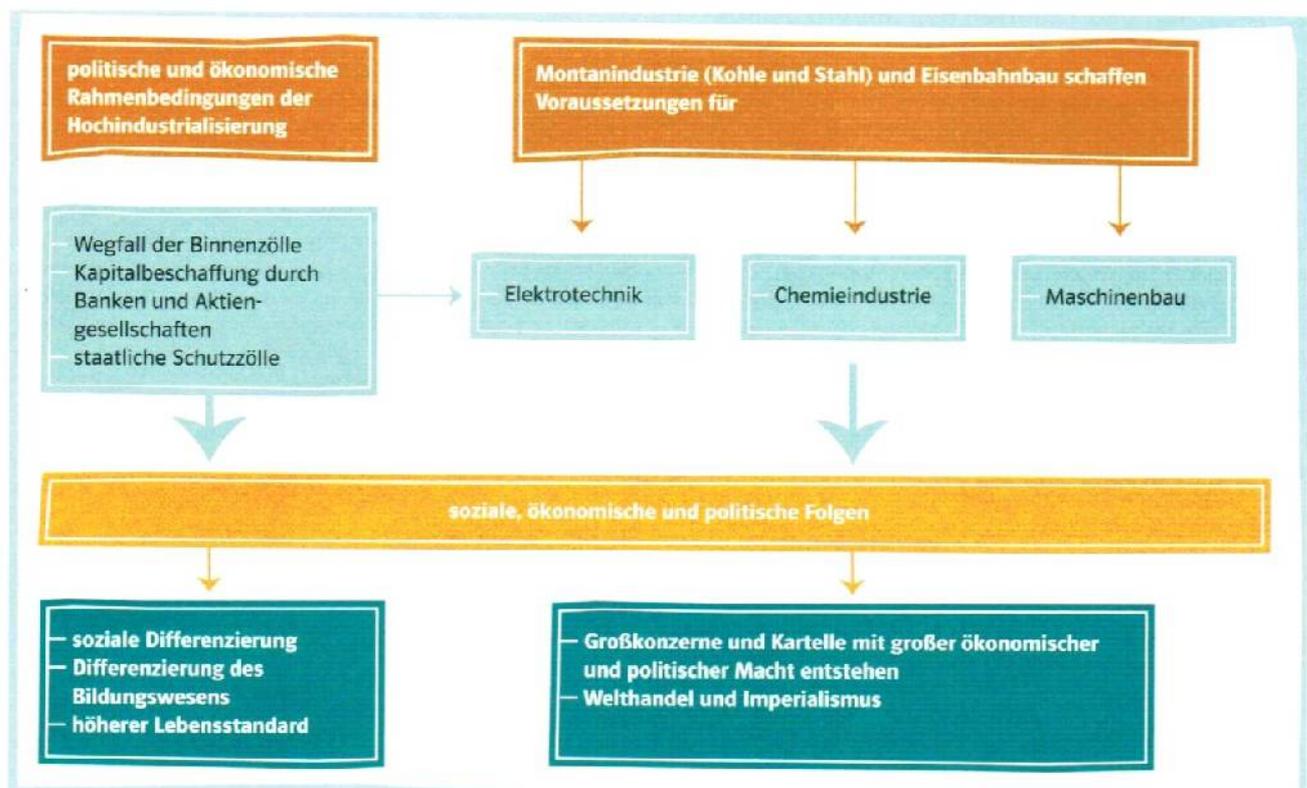
Zuvor schuf der Eisenbahnbau die infrastrukturellen Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufschwung. Er förderte den Steinkohlenbergbau, die Stahlindustrie sowie den Maschinenbau; diese drei industriellen Sektoren begünstigten und beschleunigten sich gegenseitig. Zudem ermöglichte die Eisenbahn den kostengünstigen und raschen Transport von industriellen Gütern. Förderlich hierfür war, dass die inneren Zollschranken im Deutschen Bund allmählich abgeschafft wurden und die einzelnen Staaten sich auf gemeinsame Normen verständigten. Mit der Reichsgründung wurde die Vereinheitlichung noch weiter vorangetrieben.

Die Gründerkrise um 1873 (Bankenzusammenbrüche, Firmenpleiten) schockierte viele Menschen und verschärfte die soziale Lage der Arbeiterschaft. Sie ließ den Ruf nach staatlichen Interventionen lauter werden, auch bei denen, die zuvor wirtschaftsliberale Positionen hochgehalten hatten. Schutzzölle bevorzugten von 1879 an die heimische Stahlindustrie und die Landwirtschaft vor der ausländischen Konkurrenz und sicherten die soziale und politische Stellung der adligen Großgrundbesitzer.

Durch die optische und insbesondere chemische Industrie sowie durch die Elektroindustrie erfuhr die Industrialisierung im Deutschen Reich kurz vor der Jahrhundertwende einen wichtigen Schub. Die Großchemie konnte sich mit ihren innovativen Produkten rasch eine führende Stellung auf dem Weltmarkt sichern. Der vielfältig einsetzbare Elektromotor löste die schwerfällige Dampfmaschine ab und

trat seinen Siegeszug an. Gewaltige Stromnetze entstanden und versorgten die rasch angewachsenen Städte mit elektrischer Energie. All dies vollzog sich in einer die Zeitgenossen schier überwältigenden Geschwindigkeit.

Durch die standardisierte Massenproduktion konnten die Stückkosten gesenkt und der Export begünstigt werden. Mit den steigenden Ausfuhren wuchs auch die deutsche Handelsflotte. Manche Firmen und Banken entwickelten sich unter diesen Umständen zu international tätigen Unternehmen. Ein wichtiges internationales Projekt war der Bau der Bagdadbahn, der maßgeblich durch die 1870 gegründete Deutsche Bank finanziert und vorangetrieben wurde. Daneben vollzogen sich in der Phase der Hochindustrialisierung auch Konzentrations- und Konzernbildungsprozesse. Kartelle dienten der Absicherung der Gewinne und dazu, die Konkurrenten vom Markt fernzuhalten. Solche Syndikate gab es etwa im Ruhrgebietsbergbau sowie in der chemischen Industrie (IG Farben). Schließlich stiegen während der zweiten industriellen Revolution auch die Löhne der Arbeiterschaft merklich an. Entsprechend den höheren Qualifikationsanforderungen differenzierte sich das Bildungssystem aus und neue Berufe entstanden im Banken- und Versicherungswesen, der staatlichen Verwaltung sowie in der Industrie.



### 3.4 Die Industrialisierung verändert das Leben der Menschen

In der Phase der Hochindustrialisierung entstanden industrielle Wachstums- und Ballungsräume in verschiedenen Teilen Deutschlands. Das Alltagsleben und die sozialen Verhältnisse der Menschen wandelten sich gerade in diesen Regionen auf revolutionäre Weise. Viele Zeitgenossen beklagten die dramatische Umweltverschmutzung, andere meinten, dass man diese im Interesse der industriellen Entwicklung billigend in Kauf nehmen müsse. Die von Umweltbelastungen betroffenen Gewerbe (etwa die Fischerei) konnten ihre Interessen kaum gegen mächtigere Industrien geltend machen. Ein Umweltbewusstsein existierte im ausgehenden 19. Jahrhundert noch nicht.

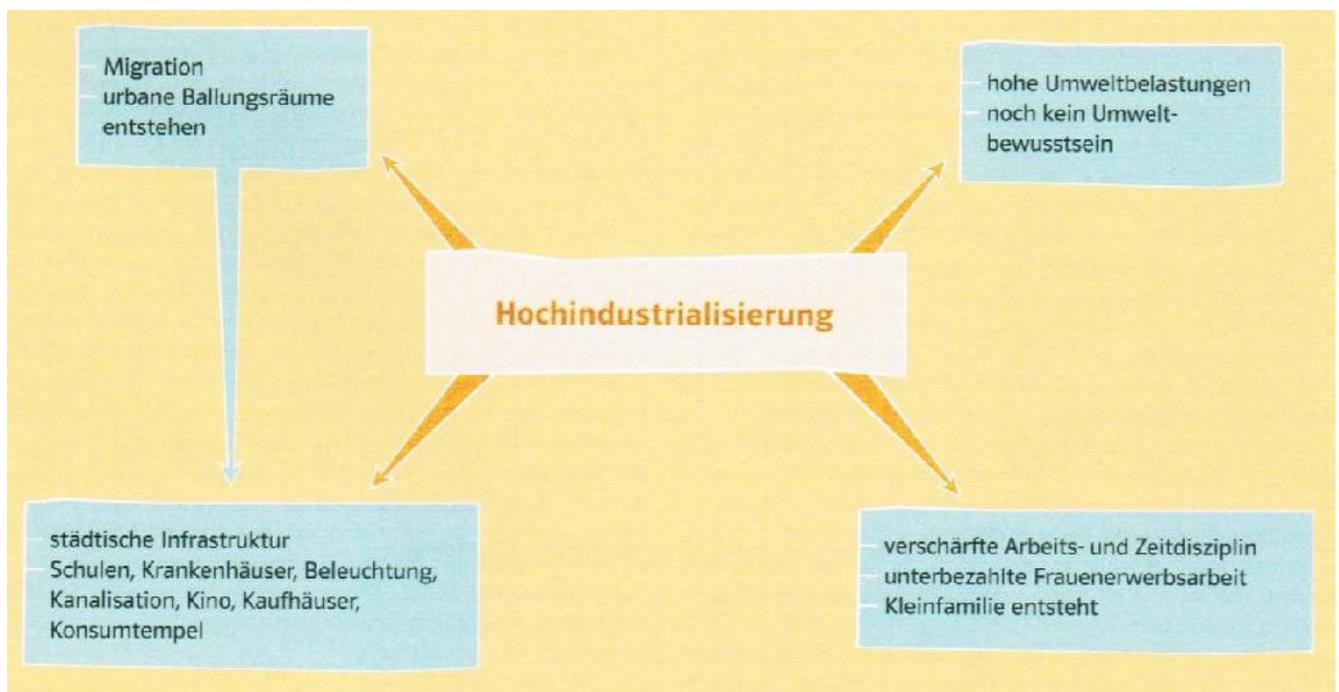
Die verschiedenen Handwerksbereiche profitierten von oder litten unter der Hochindustrialisierung in sehr unterschiedlicher Weise. Handwerkliche Kleinbetriebe, die sich spezialisierten, konnten bisweilen gut überleben, andere mussten unter kümmerlichen Bedingungen Reparaturarbeiten durchführen, um sich über Wasser halten zu können. Ähnliches gilt für landwirtschaftliche Betriebe; viele Bauernhöfe, die nicht über die Mittel zur Finanzierung technischer Innovationen verfügten, rutschten zu kärglichen Subsistenzbetrieben herab.

Die zweite industrielle Revolution war gekennzeichnet von einer dramatischen Migration und Urbanisierung, also der Wanderung der (oft verarmten) Landbevölkerung in die Städte. In diesen urbanen Ballungsräumen wurden zahlreiche wie weitreichende soziale und infrastrukturelle Einrichtungen und Innovationen entwickelt. Um das Jahr 1900 entstanden in vielen deutschen Großstädten nicht nur neue

Wohnsiedlungen, sondern auch Schulen, Krankenhäuser und leistungsfähigere Bahnhöfe; aus Theatern wurden lebhaft besuchte Kinos, Filme wurden Teil der bürgerlichen Kultur. Lichtdurchflutete Kaufhäuser standen für eine neue Konsum- und Erlebniswelt.

Die Hochindustrialisierung ging auch einher mit einer neuen Arbeitsdisziplin, mit rigiden Kontrollen der streng getakteten Arbeitszeit und der individuellen Arbeitsleistung.

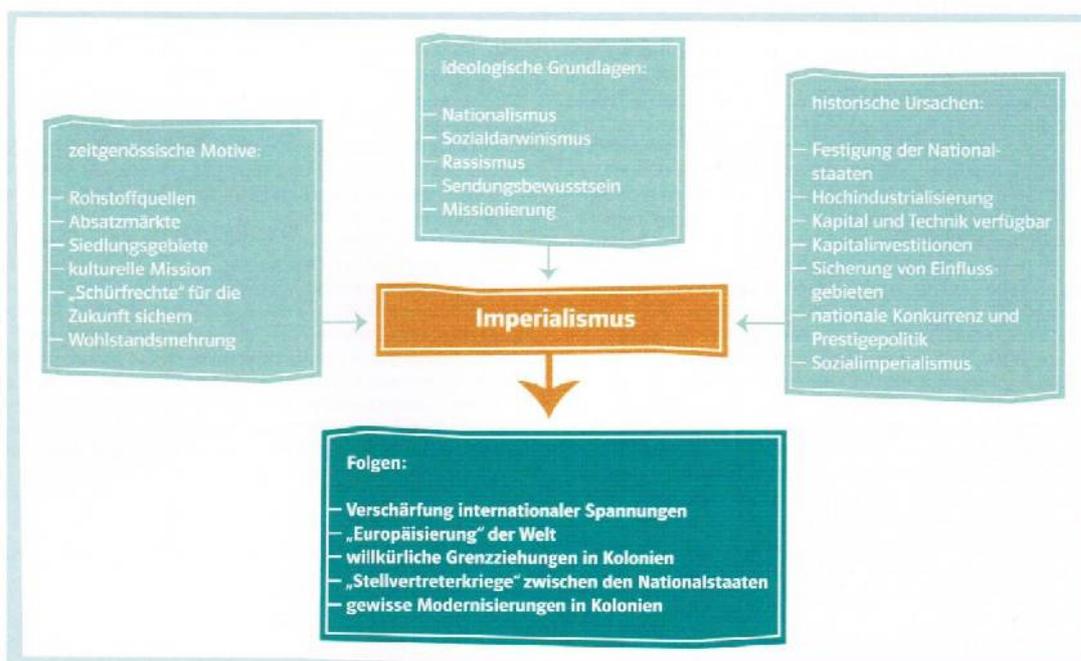
Frauen waren in der ersten Phase der Industrialisierung noch vorwiegend in der Landwirtschaft tätig; dies änderte sich allmählich in der Phase der Hochindustrialisierung. Allerdings wurden Frauen in der Industrie in der Regel deutlich schlechter entlohnt als die Männer; viele Frauen versuchten sich durch untergeordnete Tätigkeiten als Dienstmädchen oder als Fabrikarbeiterin eine bescheidene Existenz zu sichern. Nur wenige Frauen konnten sich auf die vermeintlich traditionelle Frauenrolle („Kinder, Küche, Kirche“) konzentrieren; dies war nur dann möglich, wenn die Frauen mit einem materiell gut situierten Ehemann verheiratet waren. Für die Masse der Frauen war es ein unerreichbares bürgerliches Rollenbild; sie war zum Überleben zur Erwerbsarbeit gezwungen. Schwangerschaften mussten daher möglichst reduziert oder vermieden werden.



## Geschichtstheorie:

### Pluralistische Erklärungsansätze für den Imperialismus

1. **Industrialisierungsprozesse** sorgten für eine technische und militärische Überlegenheit der imperialen Staaten
2. Kolonien als **ökonomischer Faktor** aufgrund der steigenden Rohstoffnachfrage, als Absatzmärkte für Fertigprodukte oder als Plattform für neue Investitionen der Wirtschaft
3. **Sozialer Faktor:** Erschließung neuer Siedlungsräume und Missionierungsgedanke (bez. Religion, Kultur, Zivilisation)
4. „**Sozialimperialismus**“ (H.U. Wehler) zur Ablenkung von gesellschaftlichen Druck und innerpolitischen Spannungen
5. Kolonien als **nationales Prestigeobjekt**

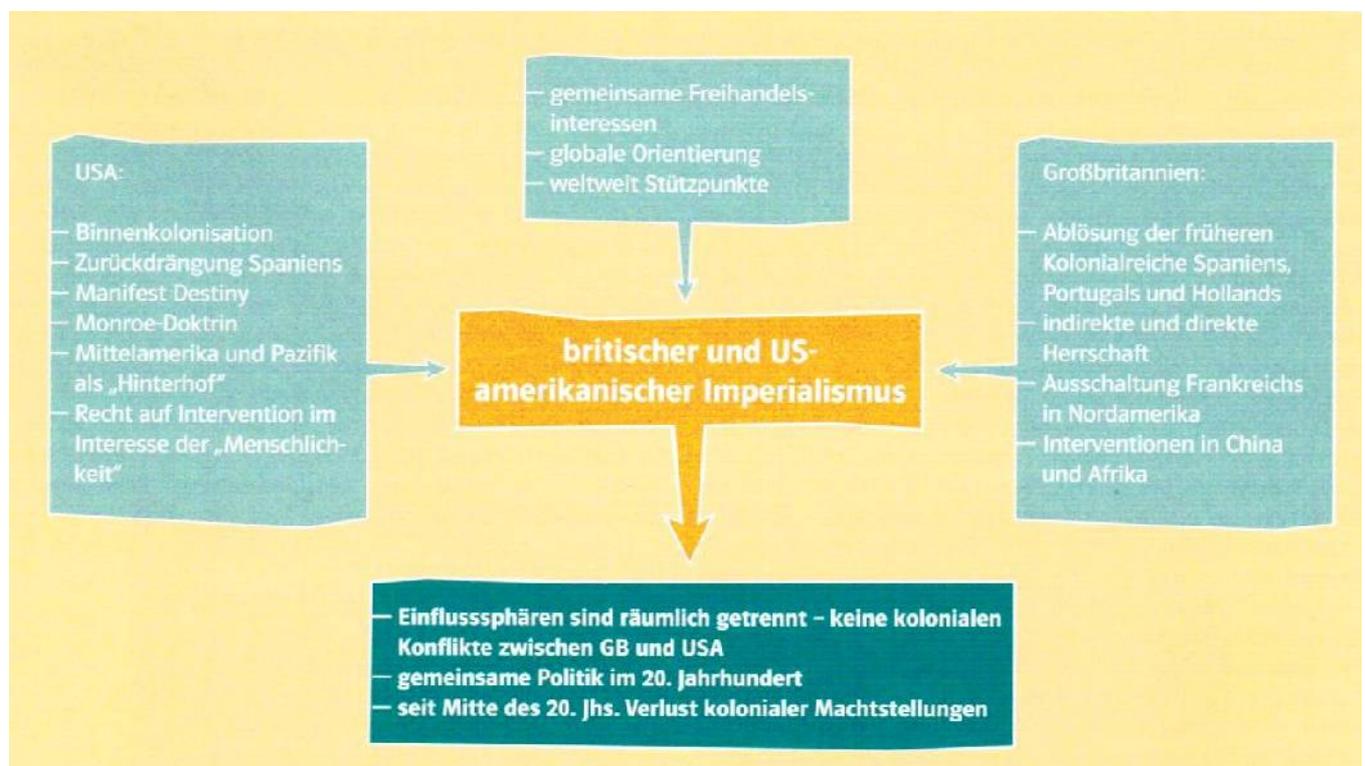


## 4.2 Der Imperialismus Großbritanniens und der USA

Die Weltmachtstellung Amsterdams wurde im 18. Jahrhundert durch die Vorherrschaft Londons abgelöst. England gründete vor allem seit dem 17. Jahrhundert Handels- und Siedlungskolonien in Übersee. Entsprechend wurde der Flottenbau vorangetrieben, der unter anderem dem Schutz der Kolonien und Handelsinteressen dienen sollte. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts, als der Konkurrent Frankreich in Nordamerika teilweise ausgeschaltet war, verfügte England über weitreichende koloniale Besitzungen, die als Absatzgebiet für englische Industriegüter dienen sollten. Die englische Politik setzte bei der Ausweitung ihres Besitzes bevorzugt auf informelle Mittel. Zum Schutz des Handels griff die britische Regierung aber auch zu militärischen Mitteln – etwa beim Ersten Opiumkrieg in China (1839–1842). Dabei verfolgte die britische Regierung das Interesse eines Freihandelsimperialismus: Alle Nationen sollten ungehinderten Zugang zu allen Märkten haben.

Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert stand Großbritannien auch beim Wettlauf um Afrika an erster Stelle. Cecil Rhodes lieferte hierfür die klassisch gewordene ideologische Rechtfertigung: „Ich behaupte, dass wir die erste Rasse in der Welt sind und dass es für die Menschheit umso besser ist, je größere Teile der Welt wir bewohnen.“ Nachdem England sich erfolgreich die Kontrolle des Suezkanals gesichert hatte, besetzte es Ägypten (1882); es folgte eine Reihe weiterer Staaten. Man wollte eine zusammenhängende Kette von Gebieten von Ägypten bis nach Südafrika gewinnen (Kap-Kairo-Plan). Dabei geriet man erneut in Konflikt mit Frankreich. Im frühen 20. Jahrhundert herrschte das Britische Empire über ein Viertel der Erde.

Die US-amerikanischen kolonialen Bestrebungen galten zunächst der Vollendung der Binnenkolonisation auf dem nordamerikanischen Kontinent. Dabei wurde der spanische Einfluss im Süden der USA zurückgedrängt. Die Inbesitznahme gewaltiger spanischer sowie indianischer Gebiete wurde ideologisch mit dem Begriff „Manifest Destiny“ (amerikanische Mission) untermauert. Die Monroe-Doktrin (1823) forderte von den Europäern, dass sie sich aus den Inneramerikanischen Konflikten heraushalten sollten („Amerika den Amerikanern“), so wie sich die Amerikaner auch nicht in Konflikte in der alten Welt einmischen wollten. Die US-Amerikaner vertrieben die Spanier auch aus dem Pazifik und betrachteten ferner Mittelamerika als ihre Einfluss-sphäre, in der sie ihre Politik und ihre Interessen legitimerweise verfolgen könnten. Roosevelt erweiterte 1904 die Monroe-Doktrin. Er hielt fest, dass die USA es sich wünschen, ihre „Nachbarländer stabil, geordnet und blühend zu sehen. Jedes Land, dessen Bewohner sich gut betragen, kann unserer herzlichen Freundschaft sicher sein.“ „Chronisches Fehlverhalten“ könne jedoch die Intervention einer zivilisierten Nation erfordern. Die Amerikaner müssten dann die Rolle eines „Welt-polizisten“ einnehmen. Dabei würden die US-Amerikaner nicht nur im eigenen Interesse handeln, sondern auch im Interesse der betroffenen Nationen sowie „im Interesse der Menschlichkeit allgemein.“



### 4.3 Der deutsche Imperialismus

Der erste Reichskanzler des Deutschen Kaiserreichs, Otto von Bismarck, stand der Kolonialpolitik zunächst skeptisch bis ablehnend gegenüber. Er betrachtete Deutschland nach den Einigungskriegen und der Gründung des Deutschen Reichs (1871) als „saturiert“. Bismarck sah den politisch konflikträchtigen Charakter und das finanzielle Risiko einer Kolonialpolitik. Allerdings gab Bismarck dem Druck kolonialpolitischer Befürworter allmählich nach, die die finanziellen und politischen Chancen von kolonialen „Erwerbungen“ betonten. Privatwirtschaftlichen Unternehmungen von Kolonialgesellschaften, die den finanziellen und militärischen Herausforderungen ihrer Unternehmungen nicht gewachsen waren, bot er Unterstützung an. Ihre „Erwerbungen“ – vornehmlich in Afrika – wurden fortan als „Schutzgebiete“ betrachtet, bis sie förmlich zu deutschen Kolonien wurden.

Unter Bismarcks Nachfolgern und unter dem „Neuen Kurs“ des jungen Kaisers Wilhelm II. nahm die deutsche Kolonialpolitik eine neue imperialistische Qualität an, die dem nationalen und imperialen Prestigebedürfnis Rechnung tragen und zugleich die Zustimmung der Masse der Bevölkerung finden sollte (Sozialimperialismus, Herrschaftslegitimation). Die frühere behutsame Politik wich nun einer Linie, die internationale Konflikte bewusst in Kauf nahm, um vermeintlichen nationalen Geltungsansprüchen mehr Gewicht zu verschaffen.

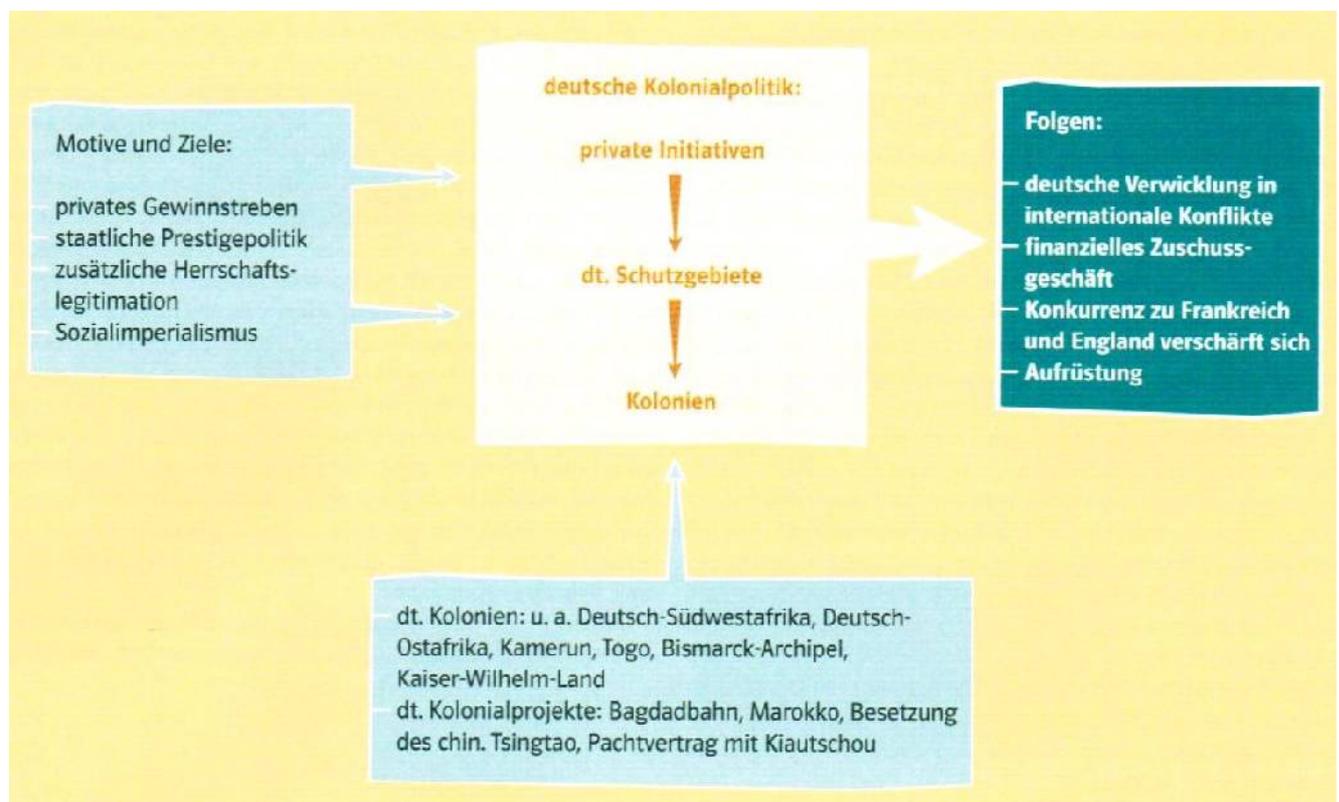
Unter anderem intervenierte Deutschland massiv und unverhältnismäßig in China, nachdem ein deutscher Botschaftsangehöriger getötet worden war. Es zwang China zu Handlungen, die für das Land demütigend waren.

Ein wichtiges Kolonialprojekt war der vom Deutschen Reich projektierte Bau der Bagdadbahn von Konstantinopel bis Bagdad (beschlossen 1903). Der Bau berührte russische wie englische Interessen in der Region, die von Deutschland leichtfertig ignoriert wurden. Bis zum Ersten Weltkrieg wurde das erste Teilstück fertiggestellt. Insgesamt

war die deutsche Kolonialpolitik für das Deutsche Reich – betrachtet man nur die ökonomische Seite – ein Verlustgeschäft.

Die Durchsetzung kolonialer Ansprüche war in der Regel mit Gewalttaten gegen die indigene Bevölkerung verbunden, die in den offiziellen Verlautbarungen als „Erziehungsmaßnahmen“ oder als „legitime Strafen“ dargestellt wurden. Solche repressiven Aktionen waren indes keine deutsche Besonderheit, sondern gängige Praxis auch der anderen Kolonialmächte.

Antikoloniale Aufstände wie etwa der Herero in Deutsch-Südwestafrika (1904–1907), die aus ihren Besitzungen vertrieben werden sollten, wurden brutal niedergeschlagen. Viele Herero wurden rücksichtslos in die Wüste getrieben, wo sie zum großen Teil umkamen. Ähnlich erging es den aufständischen Nama. Ein Aufstand in Deutsch-Ostafrika (1905–1907) gegen die Arbeitspflicht wurde ebenso grausam unterdrückt, dabei kamen wahrscheinlich Hunderttausende von Afrikanern ums Leben. Viele Historiker bezeichnen das als Völkermord. Auf die Entschädigungsforderungen der Nachkommen der von den Genoziden betroffenen Völker reagierte die Bundesrepublik Deutschland bislang inhaltlos.



## 5.1 Kriegsursachen und Kriegsbeginn

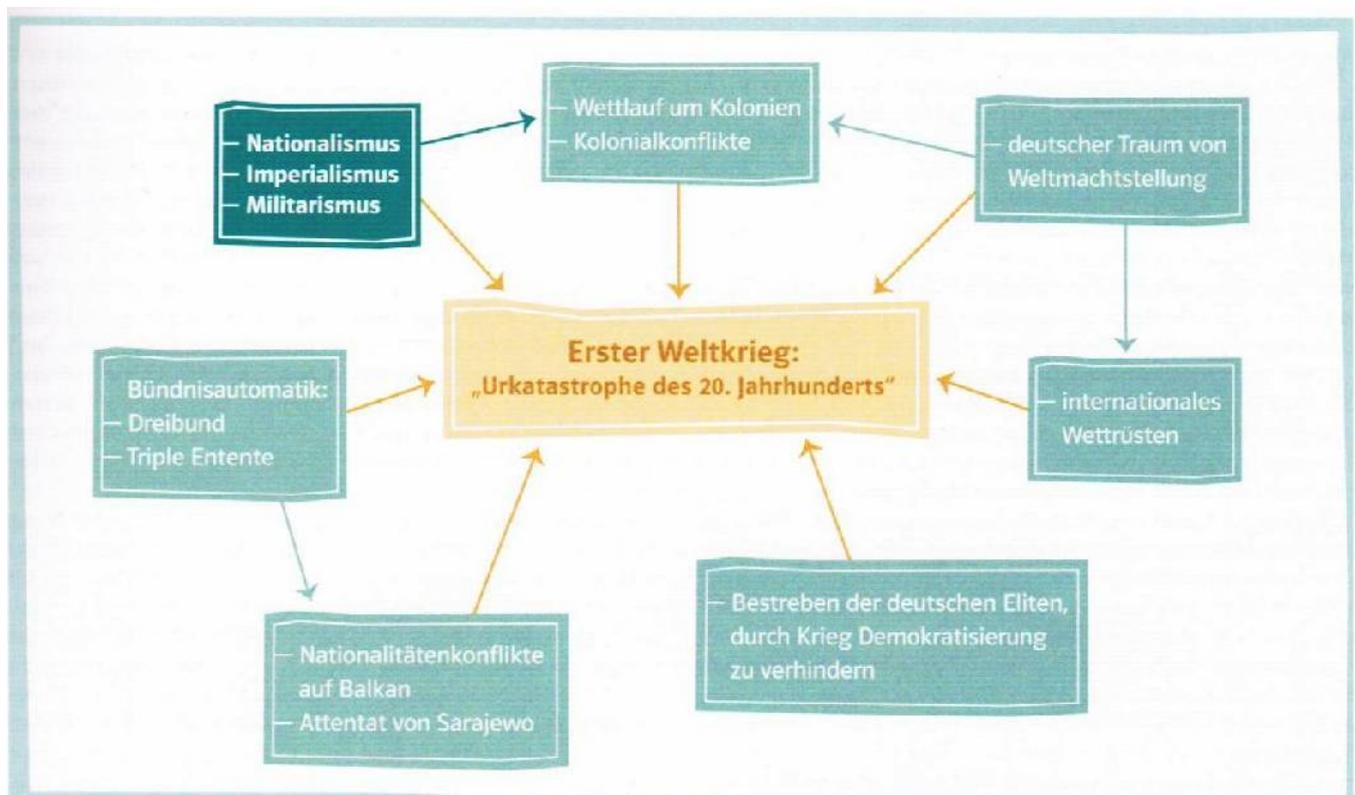
Der Erste Weltkrieg wird bisweilen als „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ bezeichnet. Und tatsächlich sind die weltgeschichtlich bedeutsamen Prozesse des 20. Jahrhunderts ursächlich mit dem Ersten Weltkrieg verknüpft: der Versailler Vertrag, die krisenhafte Entwicklung nicht nur in Deutschland, sondern auch in einer Reihe anderer europäischer Staaten, das Scheitern der Weimarer Demokratie und der Sieg des Nationalsozialismus, der Zweite Weltkrieg und die anschließende Teilung der Welt im Kalten Krieg.

Während der erste Reichskanzler des Deutschen Kaiserreichs, Otto von Bismarck, das Deutsche Reich als „saturiert“ ansah, erstrebten seine Nachfolger und Kaiser Wilhelm II. eine Weltmachtpolle für das Deutsche Reich. Deutschland sollte global expandieren und eine wesentliche Rolle in der Weltpolitik spielen. Entsprechend aggressiv trat der deutsche Kaiser bei internationalen Konflikten auf. Die deutsche Kriegsflotte wurde systematisch ausgebaut und das englische Misstrauen gegenüber der deutschen Politik in Kauf genommen. Auch mischte sich die deutsche Politik in zahlreiche internationale und koloniale Konflikte ein. Die Folge war ein konflikträchtiges Wettüsten insbesondere zwischen Deutschland und England. England schloss 1904 ein Abkommen mit Frankreich, die Entente cordiale. 1907 folgte die Triple Entente, die nun auch Russland mit einbezog. Deutschland war damit von Gegnern umschlossen. Die Rüstungsbemühungen im feindlichen Ausland führten dazu, dass in Deutschland immer intensiver Überlegungen zu einem militärischen Präventivschlag gegen die Entente angestellt wurden.

Die Krisenstimmung in Europa wurde durch den Ersten und den Zweiten Balkankrieg zusätzlich angeheizt. 1912 drängten verbündete Balkanvölker die Türkei aus ihren europäischen Besitzungen, in einem

weiteren Krieg 1913 kämpften diese Balkanvölker gegeneinander um die gewonnenen Territorien. Als am 28. Juni 1914 ein serbischer Nationalist den österreichisch-ungarischen Thronfolger und seine Frau im „Attentat von Sarajewo“ ermordete, wirkte dieses Ereignis wie ein Funke im Pulverfass. Österreich stellte, auf die Rückendeckung durch das Deutsche Reich vertrauend („Blankoscheck“), an Serbien unerfüllbare Forderungen. Die politischen Eliten im Deutschen Reich sahen in einem Krieg ein Mittel, um die weitere Demokratisierung des Reichs zu verhindern und drängten entsprechend darauf, energisch gegen die Serben vorzugehen. Die Vermittlungsversuche Englands wurden von Deutschland weitgehend torpediert. Am 28. Juli 1914 erklärte Österreich-Ungarn Serbien den Krieg. Da die Serben, die ein Großserbisches Reich erstrebten und territoriale Ansprüche an Österreich-Ungarn richteten, mit Russland verbündet waren, reagierte das Zarenreich mit einer Generalmobilmachung. Um dem russischen Aufmarsch zuvorzukommen, erklärte Deutschland am 1. August Russland den Krieg, zwei Tage später Frankreich und am 4. August England. Deutsche Armeen waren bereits am 2. August in Luxemburg und am Tag danach ins neutrale Belgien eingedrungen.

Angesichts der Bündnisautomatik entwickelte sich aus einem lokalen Konflikt rasch ein gewaltiger Flächenbrand: der Erste Weltkrieg.



## 5.2 Der Erste Weltkrieg als „moderner“ Krieg

1914 waren Millionen von Menschen in vielen europäischen Staaten bereit, für „ihre“ Nation zu sterben. Vor allem die harte Realität des Krieges desillusionierte viele Soldaten jedoch bald. Die Kriegsbegeisterung war ohnehin keine allgemeine, wie es der Mythos will, sie war eher beschränkt auf höhere soziale Schichten wie das akademische Bildungsmilieu.

Im Ersten Weltkrieg bedeutete „Realität des Krieges“ die Absage an den vermeintlich heldenhaften und ehrenvollen Kampf von „Mann gegen Mann“. Der Krieg wurde mittels extrem kostenaufwendiger modernster Technologie geführt: mit weitreichenden Artilleriegeschützen, Flugzeugen, U-Booten (uneingeschränkter U-Boot-Krieg) und chemischen Waffen (Gaskrieg seit 1915). Gerade die chemischen Waffen waren nicht selten für die eigenen Truppen ebenso gefährlich wie für den Feind.

Um diesen technisch anspruchsvollen Krieg führen zu können, wurden die Volkswirtschaften der betreffenden Länder so weit wie nur möglich auf die Kriegführung ausgerichtet, vor allem unter Einsatz weiblicher Arbeitskräfte. Die Ausrufung des „totalen Kriegs“ hatte auch zur Folge, dass sich die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Lebensmitteln ganz erheblich verschlechterte.

Der von deutscher Seite geplante Bewegungskrieg erstarrte nach dem Scheitern des Schlieffen-Plans, der einen raschen Vormarsch und Sieg im Westen vorsah, um die dann frei werdenden Kräfte Russland entgegensetzen zu können, rasch in einem Stellungskrieg (Schützengräben). Dieser Stellungskrieg zeichnete sich durch enorm hohe Verluste an Menschenleben und durch Materialschlachten aus, bei denen

keine Seite einen entscheidenden Durchbruch erzwingen konnte. Von alliierter Seite kamen schließlich modernste Panzer (Tanks) zum Einsatz, die den verlustreichen Stellungskrieg in Bewegung bringen sollten. Doch auch diese brachten keine kriegentscheidenden Erfolge. Ebenfalls keinen kriegentscheidenden Einsatz hatte die mit gewaltigen finanziellen Mitteln bis 1914 aufgestellte Kriegsflotte.

Lediglich im Osten konnte die Oberste Heeresleitung (OHL) im Kampf gegen Russland Erfolge verbuchen. Doch obwohl der russische Vormarsch gestoppt werden konnte und die Mittelmächte Deutschland und Österreich tief im „Feindesland“ standen, waren sie von einem Sieg über das Zarenreich weit entfernt.

Bei der propagandistischen Kriegführung geriet Deutschland durch den Einmarsch ins neutrale Belgien im Sommer 1914 und durch eine Reihe von dort begangenen Verbrechen (Geislerschießungen, Vernichtung der Bibliothek von Löwen) rasch ins Hintertreffen. Auch wenn dies von der deutschen Propaganda innerhalb Deutschlands anders kommuniziert wurde, war der Krieg eben kein Verteidigungskrieg, sondern ein aggressives Unternehmen, das die Gegenseite als barbarisch brandmarken konnte.



### 5.3 Epochenjahr 1917

Im Jahr 1917 vollzogen sich zwei weltgeschichtliche Ereignisse:

1) Die USA traten aus politischen wie ökonomisch motivierten Gründen in den Krieg auf Seiten der Entente gegen die Mittelmächte ein: Hätten England und Frankreich den Krieg gegen die Mittelmächte verloren, hätten die Amerikaner die hohen Kredite, die sie England und Frankreich gewährt hatten, abschreiben müssen. Weiterhin profitierte das US-amerikanische Kapital von der Kriegspolitik. Zudem wollte der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson durch den Krieg eine neue, den Interessen der verschiedenen Nationen entsprechende demokratische Weltordnung etablieren. Die Leitideen hierzu formulierte er 1918 in seinen 14 Punkten.

2) Im zaristischen Russland kam es zu zwei Revolutionen, deren Ergebnisse die Geschichte des 20. Jahrhunderts maßgeblich beeinflussen sollten. Die nach diesen Revolutionen im Jahr 1922 gegründete Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) entwickelte sich zu einem welthistorisch entscheidenden Machtfaktor.

In Russland hatten im Frühjahr 1917 sozialrevolutionäre Kräfte angesichts der desaströsen materiellen und innenpolitischen Verhältnisse in der Februarrevolution den Zar zur Abdankung gezwungen (er wurde 1918 mit Billigung der neuen sowjetischen Führung von seinen Bewachern erschossen). Die neue Regierung der Sozialrevolutionäre (Provisorische Regierung) meinte aber den Krieg gegen die Mittelmächte fortführen zu müssen, obgleich die Versorgungsprobleme kaum mehr zu lösen waren. Sie verlor dabei zunehmend den Rückhalt der kämpfenden Truppen wie der leidenden Bevölkerung. Daher konnten die marxistischen Bolschewiki unter Wladimir Iljitsch Uljanow (Lenin) im Oktober 1917 durch einen gewaltsamen Militärputsch („Oktoberrevolution“) in Petrograd die Provisorische Regierung entmachten.

Im Januar 1918 ließen die Bolschewiki dann die im November 1917 gewählte verfassungsgebende Versammlung gewaltsam auflösen. Lenin versprach den unterdrückten Massen Frieden und Land, dem konnten die anderen politischen Kräfte wenig Überzeugenderes entgegenhalten. Weiterhin bot die neue bolschewistische Regierung den Mittelmächten einen sofortigen Waffenstillstand an. – Um ihre Herrschaft in Russland sichern zu können, akzeptierte die neue Regierung den Separatfrieden von Brest-Litowsk („Raubfrieden“), durch den weite Teile des ehemaligen russischen Staatsgebiets den Mittelmächten preisgegeben wurden. (Im späteren Versailler Vertrag wurden diese von Deutschland diktierten Friedensbedingungen wieder annulliert.) Allerdings erfüllten sich Lenins Hoffnungen auf eine rasche Stabilisierung der bolschewistischen Herrschaft nicht, denn das Land versank in einen Bürgerkrieg zwischen Anhängern der alten zaristischen Ordnung, die von den Westmächten unterstützt wurden, und den bolschewistischen Truppen.

Auch für Deutschland war 1917 ein wichtiges Jahr: Die Bevölkerung litt dramatisch an den Kriegsfolgen („Hungerwinter“). Im Februar nahm Deutschland den „uneingeschränkten U-Boot-Krieg“ auf, der mit der im März 1917 veröffentlichten Zimmermann-Depesche zum folgenreichen Kriegseintritt der USA führte. Anders als von der Obersten Heeresleitung (OHL) indendiert, konnte der U-Boot-Krieg aber nicht die alliierte Seeblockade gegen Deutschland brechen. 1917 verkündeten sozialdemokratische und linksliberale Kräfte in Deutschland durch eine Friedensresolution die Idee eines Verständigungsfriedens. Dieser Idee hielten die nationalistischen Konservativen die Idee eines Siegfriedens entgegen, der aber schon zu diesem Zeitpunkt unrealistisch geworden war.

#### USA 1917

- seit Kriegsbeginn Kredite und Waffenlieferungen an England und Frankreich
- kriegentscheidender Kriegseintritt der USA

#### Russland 1917

- schwere Kriegsniederlagen Russlands
- Februarrevolution und Abdankung des Zaren
- Provisorische Regierung führt Krieg fort
- Enttäuschung der Massen ermöglicht Oktoberrevolution der Bolschewiki

#### Deutschland 1917

- uneingeschränkter U-Boot-Krieg
- Zimmermann-Depesche
- Spaltung der Arbeiterbewegung in SPD und USPD (wegen Haltung zu Kriegskrediten)
- Friedensresolution (SPD, Zentrum, Linksliberale) scheitert gegenüber der konservativ-nationalistischen Idee eines Siegfriedens

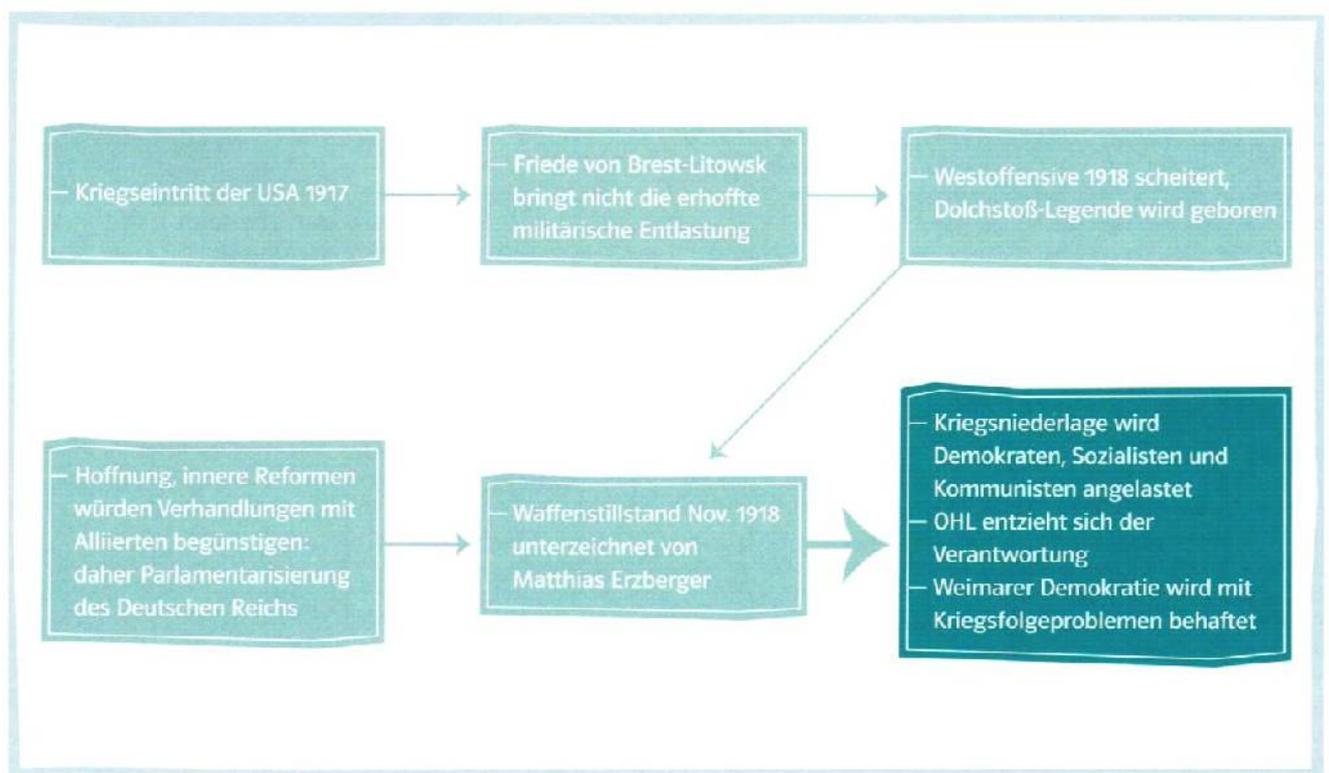
## 5.4 Das Kriegsende

Der Separatfrieden von Brest-Litowsk im Frühjahr 1918 sollte die deutsche Kriegführung aus der fatalen Zweifrontenlage befreien. Doch die daran anschließende Westoffensive scheiterte im August 1918 und die erschöpften deutschen Truppen mussten sich zurückziehen.

Am 29. September 1918 gestand die Oberste Heeresleitung ihre militärische Niederlage ein und forderte von der deutschen Regierung die Aufnahme sofortiger Waffenstillstandsverhandlungen mit den Alliierten. Dabei zog sich die OHL aus der politischen Verantwortung heraus: Die Mitglieder der neuen zivilen Regierung, die jetzt an die Macht kam, sollten für die militärische Niederlage der Truppen geradestehen. Tatsächlich wurde die spätere demokratisch legitimierte Regierung in der Weimarer Republik mit den gewaltigen Problemen behaftet, die die kaiserliche Führung zu verantworten hatte.

Anfang Oktober trat Reichskanzler Graf Hertling zurück, er wurde abgelöst durch Prinz Maximilian von Baden. Durch innere Reformen suchte man nun die eigene Verhandlungsposition bei den Waffenstillstandsverhandlungen mit den Alliierten zu verbessern: Mit den Oktoberreformen des neuen Reichskanzlers wurde aus der konstitutionellen Monarchie eine parlamentarische. Der Waffenstillstand wurde dann am 11. November 1918 im französischen Compiègne unterzeichnet (der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger, der die deutschen Verhandlungen geführt hatte und den Vertrag unterschrieb, wurde

1921 Opfer eines Anschlags von rechtsnationalistischen Gruppen). Der Krieg, der Millionen Todesopfer gekostet und das alte Europa der Monarchien zerstört hatte, war vorbei.



## 5.5 Politischer Umbruch in Deutschland – vom Kaiserreich zur Weimarer Republik

Spätestens nach den gescheiterten Westoffensiven im Spätsommer 1918 musste klar sein, dass der Krieg für Deutschland verloren war. Gleichwohl gab die Marineführung am 25. Oktober 1918 den militärisch wie politisch absurden Befehl, zu einer „Entscheidungsschlacht“ gegen England auszufahren. Daraufhin verweigerten die Matrosen den Gehorsam. Es kam zu Verhaftungen, die aber die Rebellion nur weiter anstachelten. Soldaten und Arbeiter wählten kurz darauf in Hafenstädten je einen Arbeiter- und Soldatenrat, der in den jeweiligen Städten die politische Macht übernahm. Die revolutionäre Stimmung breitete sich wie im Sturm auf das gesamte Deutsche Reich aus und innerhalb weniger Tage übernahmen Arbeiter und Gewerkschaftsführer vielerorts die politische Macht, während sich die Repräsentanten der alten Ordnung klammheimlich zurückzogen.

In Berlin verkündete der letzte Reichskanzler des Kaiserreichs, Prinz Maximilian von Baden, am 9. November eigenmächtig den Rücktritt des Kaisers und ernannte – ebenfalls eigenmächtig – den Führer der stärksten Reichstagsfraktion, Friedrich Ebert (SPD), zum neuen Reichskanzler. Noch am 9. November rief Philipp Scheidemann (SPD) die Republik aus. Diese stand nun vor ungeheuren Problemen, die die alte kaiserliche Regierung nicht gelöst hatte. Wie sollte man mit den „ungehorsamen“ Revolutionären umgehen, wie sollte die neue politische Ordnung aussehen?

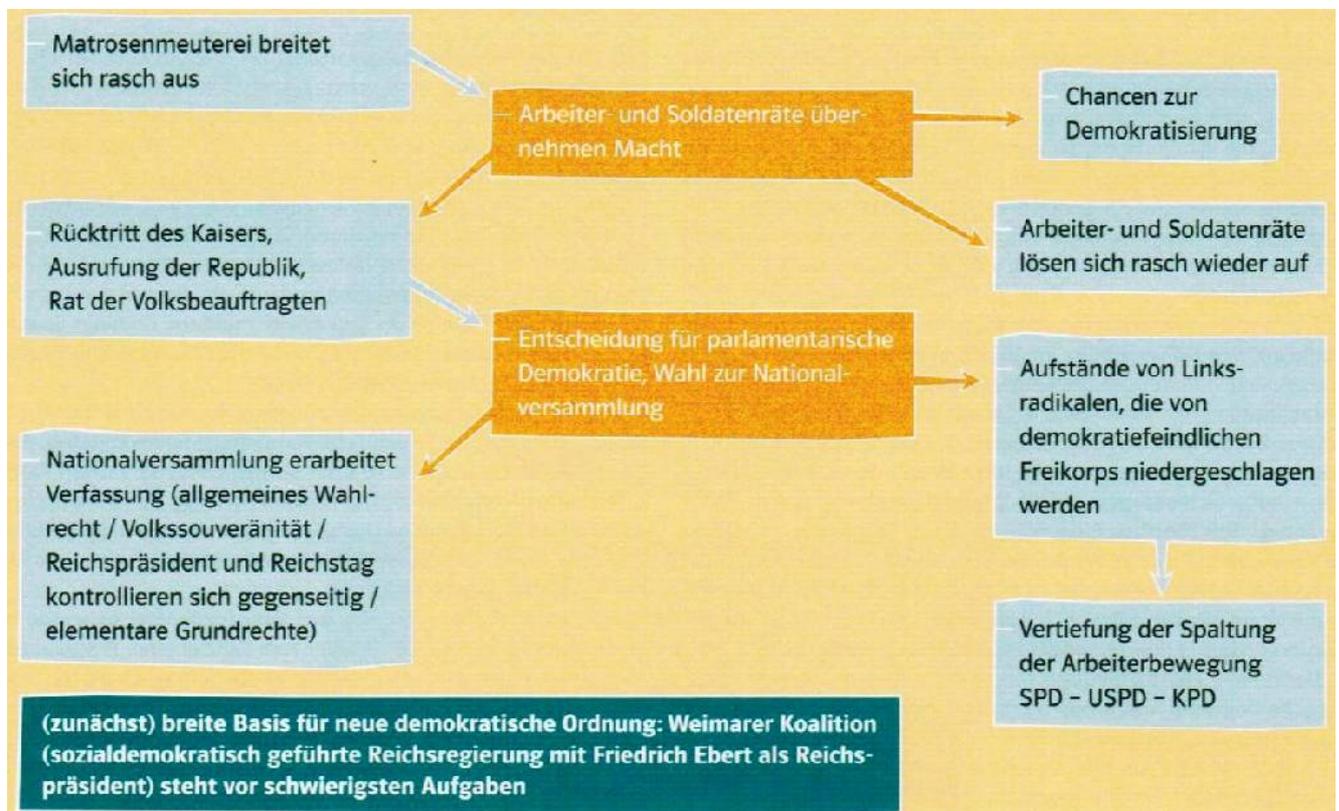
Friedrich Ebert bildete mit prominenten Repräsentanten der Sozialdemokratie und der von der SPD abgespaltenen USPD einen Rat der Volksbeauftragten. Dieser Rat sollte die Wahl zu einer Nationalversammlung vorbereiten, die ihrerseits eine neue Verfassung ausarbeiten sollte. Auch beim Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte

im Dezember 1918 votierte eine große Mehrheit für die Wahl einer Nationalversammlung. Die Arbeiter- und Soldatenräte, die nach dem Kriegsende vielerorts die Verwaltung übernommen hatten, lösten sich bald wieder auf.

Nach der Wahl im Reichskongress kam es in Berlin zu einem Aufstand der Linksradiكالen (Teile der USPD und die von der SPD abgespaltene, eben erst gegründete Kommunistische Partei Deutschlands, KPD), die sich gegen die Wahlen zur Nationalversammlung richteten. Demokratiefeindliche Freikorps schlugen diesen Januaraufstand nieder. Die Führer des kommunistischen Spartakusbunds Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden verhaftet und ermordet. Dadurch vertiefte sich die verhängnisvolle Spaltung der Arbeiterbewegung.

Die Wahl zur Nationalversammlung (erstmals durften auch Frauen wählen) fand im Januar 1919 statt. Bei ihr erreichte die SPD fast 38 Prozent der Stimmen, das Zentrum fast 20 Prozent und die linksliberale DDP 18,5 Prozent. Die monarchistisch-konservativen Kräfte blieben deutlich in der Minderheit.

Die Nationalversammlung wählte die neue Regierung, bestehend aus Parteien der Weimarer Koalition (SPD, Zentrum, DDP), und wählte Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten. Sie beriet über eine neue Verfassung, die einen starken, über den Parteien stehenden Reichspräsidenten mit Sondervollmachten (Recht zur Auflösung des Reichstags, Notverordnungsrecht nach Artikel 48 sowie Wahl auf 7 Jahre) vorsah, das reine Verhältniswahlrecht bei Parlamentswahlen sowie die Grundrechte. Im August unterschrieb Friedrich Ebert die Verfassungsurkunde und die Weimarer Republik war geboren.



## 5.6 Friedensverträge 1919–1930

Im Herbst 1918 kapitulierten die Mittelmächte (Bulgarien, das Osmanische Reich, Österreich-Ungarn und Deutschland) in kurzer Folge. Für Deutschland unterschrieb am 11. November 1918 eine zivile Delegation unter dem Staatssekretär Matthias Erzberger den Waffenstillstand von Compiègne. Im Januar 1919 wurde in Paris eine Friedenskonferenz eröffnet, an der 32 Siegerstaaten teilnahmen. Die Kriegsverlierer waren zu den Verhandlungen nicht zugelassen.

Die entscheidenden Weichenstellungen wurden vom „Rat der Vier“ (USA, England, Frankreich, Italien) erörtert und entschieden. Dem US-amerikanischen Präsidenten Wilson ging es darum, einen Völkerbund zur friedlichen Schlichtung territorialer Konflikte zu schaffen, außerdem sollten in Europa neue Staaten gebildet werden, um dem Prinzip der nationalen Selbstbestimmung Rechnung zu tragen. Frankreich wollte Deutschland militärisch und ökonomisch schwächen, der Rhein sollte die Westgrenze Deutschlands bilden. Die Kolonialmacht England wollte die deutsche Flottenkonkurrenz ausschalten. Vor allem England und die USA traten den französischen Zielen entgegen, auch wenn sie das französische Sicherheitsinteresse akzeptierten.

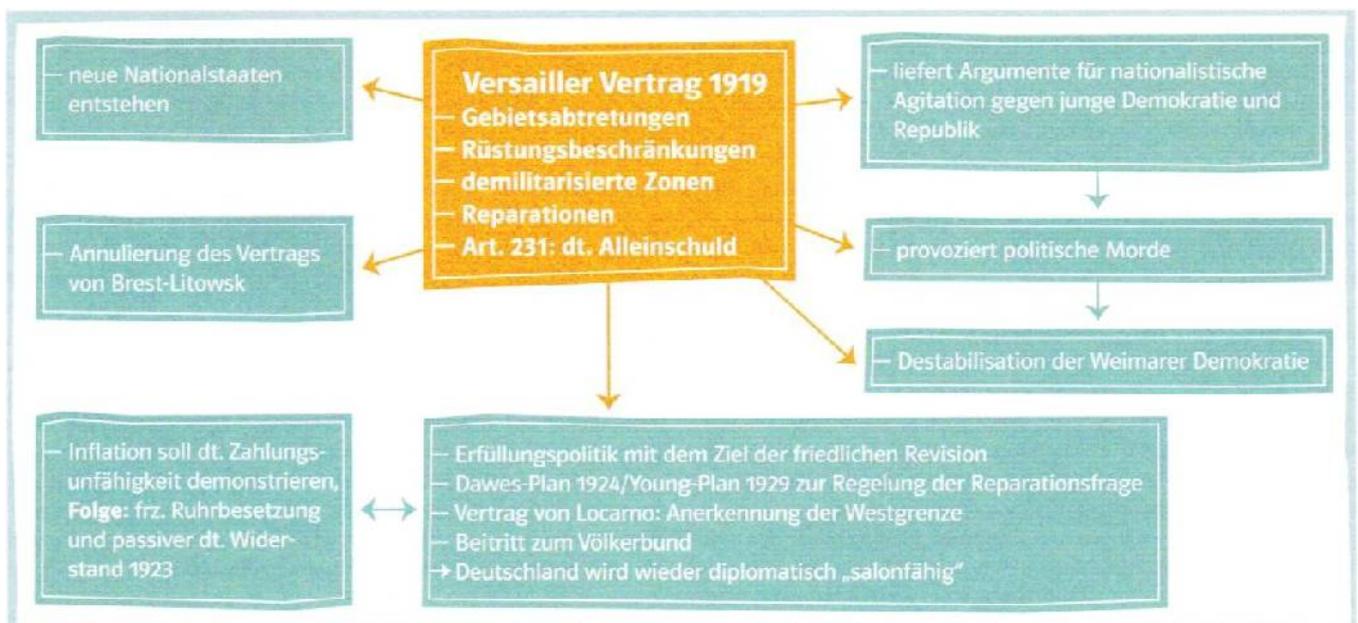
Als im Mai 1919 die Bedingungen des Versailler Vertrags in Deutschland bekannt wurden, ging ein Sturm der Entrüstung quer durch alle Parteien hindurch. Man hatte im Vertrauen auf Wilsons 14 Punkte mit einem „milden Frieden“ gerechnet und war nun völlig entsetzt.

Deutschland sollte vor allem im Westen und Osten Gebiete abtreten, die allgemeine Wehrpflicht abschaffen und das Heer auf 100.000 Mann abrüsten, teilweise von den Siegern besetzt werden, hohe Reparationsleistungen und Sachleistungen entrichten, die Kriegsflotte und Handelsschiffe ausliefern. Als juristische und moralische Begründung

diente der Kriegsschuldartikel 231, mit dem Deutschland die alleinige Kriegsschuld übernehmen sollte. In Deutschland wurde sogar diskutiert, ob man die Kampfhandlungen wieder aufnehmen sollte. Nach erbitterten Debatten musste sich eine neue deutsche Regierung den Bedingungen fügen und den Vertrag unterzeichnen.

Ziel aller Parteien war es nun, auf politischem Wege eine Revision von einzelnen Vertragsbestimmungen zu erreichen. Tatsächlich konnte die wirtschaftlich erschütterte Weimarer Republik in der Folgezeit eine Reduzierung der Reparationsleistungen bewirken. Um dem Ausland die Zahlungsunfähigkeit zu demonstrieren, ließ man die kriegsbedingte Inflation in astronomische Höhen ansteigen (Hyperinflation). Als Deutschland seinen Zahlungsverpflichtungen nicht gänzlich nachkam, besetzten 1923 belgische und französische Truppen das Ruhrgebiet (Ruhrkrise). Die deutsche Regierung rief darauf zu Generalstreiks, dem passiven Widerstand, auf. US-amerikanische Experten prüften nun die deutsche Zahlungsfähigkeit und entwickelten 1924 einen neuen Zahlungsplan (Dawes-Plan), der mit hohen US-amerikanischen Krediten an Deutschland verknüpft war.

Die Regierung unter Stresemann glaubte, dass eine Revision des Versailler Vertrags eher zu erringen war, wenn man Frankreich politisch entgegenkäme. In den Verträgen von Locarno (1925) erkannte Deutschland die vom Versailler Vertrag geschaffene deutsche Westgrenze an (nicht aber die neue Ostgrenze zu Polen). Deutschland wurde nun in den Völkerbund aufgenommen (1926). 1929 wurde ein neuer Zahlungsplan entwickelt, der Young-Plan, der von rechtsnationalistischen Kreisen erbittert bekämpft wurde.



## 6.1 Politische Voraussetzungen des Nationalsozialismus 1920–1933

Die Weimarer Republik war von Beginn an mit zahlreichen Problemen und Belastungen konfrontiert, an denen sie letztlich scheiterte: die massive Staatsverschuldung und eine damit zusammenhängende Inflation, die Forderungen des Versailler Vertrags wie beispielsweise die zu leistenden Reparationszahlungen und Gebietsabtretungen, das zerstörte internationale Ansehen oder die nötige Versorgung von Hunderttausenden Kriegsinvaliden. Das alles waren Hinterlassenschaften des Kaiserreichs, für deren Lösung jetzt Demokraten verantwortlich gemacht wurden.

Führende Repräsentanten des Kaiserreichs (in der Verwaltung, der Justiz, den Universitäten, im Militär, in Industriellenkreisen), die immer noch in führenden Stellungen waren, lehnten die Demokratie ab und bekämpften sie vehement. Sie schufen den geistig-politischen Nährboden, auf dem sich antidemokratische Kräfte entfalten konnten. Diese wollten die Kriegsniederlage nicht hinnehmen und machten für die militärische Niederlage und die Kriegsfolgen demokratische Kräfte verantwortlich (Dolchstoßlegende). In dieser Stimmung ereigneten sich mehrere politische Morde, die in nationalistischen Kreisen auf mehr oder weniger offene Zustimmung stießen. 1920 und 1923 erlebte die junge Weimarer Republik Putschversuche (den Kapp-Lüttwitz-Putsch und den Hitler-Ludendorff-Putsch), die aber scheiterten.

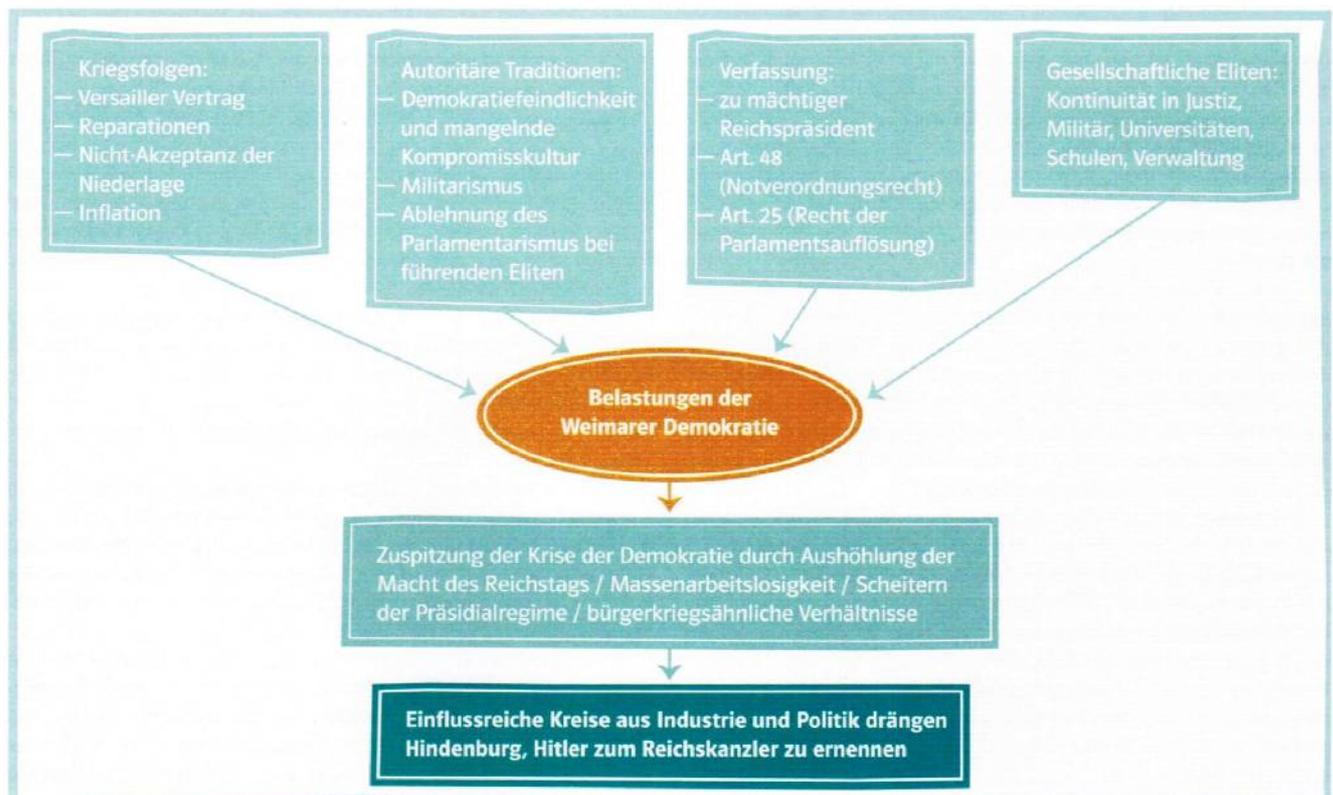
Der Hitler-Ludendorff-Putsch sorgte dafür, dass die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), deren Parteivorsitzender Adolf Hitler war, bundesweit Bekanntheit erlangte. Doch bis 1929 war die NSDAP nur eine von zahlreichen nationalistischen und antisemitischen Splitterparteien, die gegen die Erfüllungspolitik, den Versailler Vertrag, die Reparationen und gegen den Parlamentarismus hetzten.

Die letzte Phase der Weimarer Republik war geprägt durch eine deutliche Verunsicherung, ausgelöst durch die Weltwirtschaftskrise seit 1929, was wiederum die antidemokratische Stimmung

begünstigte. Demokratische Parteien verloren an Rückhalt und die letzte Regierung, die im Reichstag eine Mehrheit hatte, scheiterte 1930 an der Kompromissunwilligkeit der beteiligten Kräfte. Reichspräsident Hindenburg und ihm nahestehende einflussreiche Kreise nutzten die Situation, um die Macht des Reichstags mittels Notverordnungen systematisch auszuhöhlen und eine autoritäre Staatsform zu etablieren. Heinrich Brüning wurde Kanzler einer Präsidialregierung, die letztlich nur dem Reichspräsidenten verantwortlich war. Allerdings erwiesen sich diese Präsidialregierungen als nicht in der Lage, die ökonomischen Probleme der Republik zu meistern, Brünings Sparpolitik (Deflationspolitik) verschärfte vielmehr die ökonomische Situation und förderte die Massenarbeitslosigkeit.

In dieser sich verschärfenden Situation wurden die Nationalsozialisten, die inzwischen beachtliche Wahlerfolge feiern konnten, durch die zeitweise Zusammenarbeit mit bürgerlich-konservativen Kräften („Harzburger Front“ von 1931) gleichsam hoffähig. Der antidemokratische Kult der Gewalt entlud sich seit 1930 immer mehr in bürgerkriegsähnlichen Zuständen, Wahlkämpfe wurden immer häufiger mit Fäusten und Waffen ausgetragen.

Von seinem Beraterkreis und aus Industriellenkreisen wurde Hindenburg nun bedrängt, Adolf Hitler zum Kanzler einer Präsidialregierung zu ernennen. Doch Hindenburg lehnte anfänglich ab. Nach dem politischen Scheitern der Kabinette unter Brüning, Papen und Schleicher gab Hindenburg dem Drängen jedoch nach und ernannte Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler mit einer Regierung, in der die NSDAP nur zwei Minister stellte. Die NSDAP schien damit „gezähmt“ bzw. von weniger radikalen Kräften „eingerahmt“.



## 6.2 Die nationalsozialistische Ideologie

Die NS-Ideologie war als Theorie nicht stimmig, sondern eher eine Ansammlung von traditionellen Ressentiments gegen die Moderne. Sie stellte sich grundsätzlich gegen alle elementaren Errungenschaften und Herausforderungen der Amerikanischen und Französischen Revolution, sie war also gegen die universalen Menschenrechte, gegen die Gewaltenteilung, gegen die Demokratie und gegen die auf Konkurrenz basierende kapitalistische Marktwirtschaft. Die NSDAP wollte auch die politischen und sozialen Ergebnisse der Revolution von 1918 rückgängig machen.

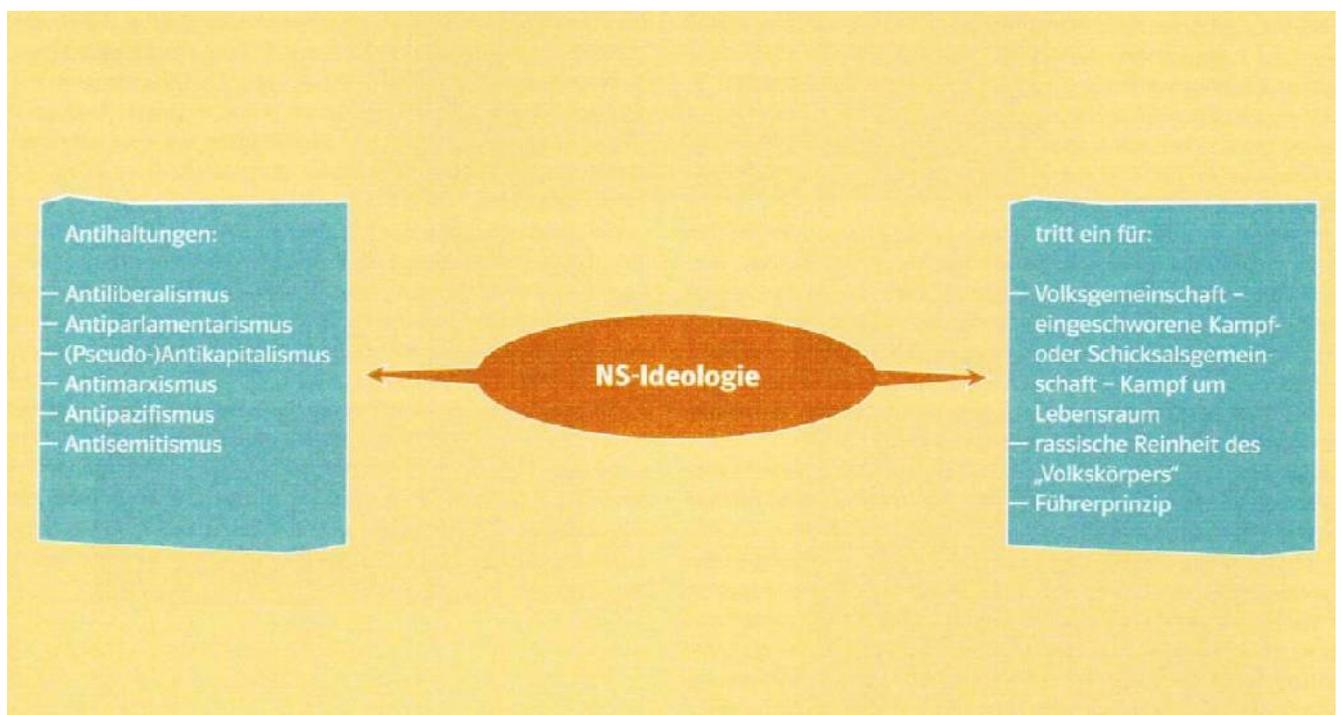
Der „nationale Sozialismus“ im Parteinamen der NSDAP blieb immer nebulös. So entsprach der (begrenzte) Antikapitalismus der NSDAP, der sich gegen das „raffende Kapital“ der Börsen, Banken oder Spekulanten (im Gegensatz zum „schaffenden Kapital“ der Industrie oder des Handwerks) richtete, keineswegs einer „sozialistischen“ Haltung. Vielmehr wurden alle (international orientierten) sozialistischen Bestrebungen vehement bekämpft. Das galt für Parteien wie SPD und KPD aber auch für Gewerkschaften und Arbeitervereine.

Ein Kernpunkt der nationalsozialistischen Ideologie war das hierarchische Führerprinzip, an dessen oberster Position Adolf Hitler als „Führer und Reichskanzler“ stand: das System von Führer und Gefolgschaft, wobei die Willensbildung von oben nach unten durchgesetzt wird, sowie das System von Befehl und unbedingtem Gehorsam.

Gegen die modernen Prinzipien Demokratie, Gewaltenteilung, Pluralismus und Menschenrechte proklamierte der Nationalsozialismus

die „Volksgemeinschaft“, also die Gemeinschaft von Menschen vermeintlich gleicher und rassistisch edler und wertvoller ethnischer Abstammung („Arier“). Alle Menschen dieser Volksgemeinschaft würden gleiche Interessen und Werthaltungen verbinden, gleichgültig, welchen sozialen Schichten sie angehören. Als „Schicksalsgemeinschaft“ müsste dieses Volk der Arier im Daseinskampf der Völker um die Erweiterung seines Lebensraums kämpfen (Sozialdarwinismus). Bedroht sei die arische Volksgemeinschaft durch den „Bazillus“ des Fremden Bluts – damit waren in erster Linie Juden gemeint. Also gelte es, die Rasse rein zu halten und das gefährliche Fremde „gnadenlos auszumerzen“ (Rassismus, Antisemitismus).

Dieses rassistische, vulgärdarwinistische Modell bildet die Basis nationalsozialistischen Denkens, es hatte mörderische Konsequenzen für Millionen von Menschen. Die Vorstellung einer rassistisch einheitlichen wie gesunden Volksgemeinschaft hatte ferner Folgen für zahllose Menschen, die den daraus abgeleiteten Normen nicht entsprachen: homosexuell veranlagte Menschen, die als rassistisch minderwertig erklärten Roma sowie geistig Behinderte, die als unheilbar Kranke und als Last für die Volksgemeinschaft betrachtet wurden.



### 6.3 Das Ende des Rechts- und Verfassungsstaats in Deutschland 1933/34

Den Nationalsozialisten gelang es rasch nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, die politische und soziale Macht in Deutschland zu monopolisieren und die demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen der Weimarer Republik zu zerschlagen. Dafür brauchte Hitler zunächst eine Zweidrittelmehrheit im Parlament, um die ihm notwendig erscheinenden Verfassungsänderungen durchzuführen. Aus diesem Grund überzeugte er Hindenburg, am 5. März 1933 Neuwahlen abhalten zu lassen.

In der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 brannte das Reichstagsgebäude. Als Brandstifter wurden die Kommunisten bezeichnet. Die Nationalsozialisten nutzten die Gunst der Stunde, um von Hindenburg eine rasche Notverordnung zum „Schutz von Volk und Staat“ („Reichstagsbrandverordnung“) zu erwirken, die zentrale Grundrechte außer Kraft setzte und Sondervollmachten für die Reichsregierung schuf. Damit wurden der nationalsozialistische Terror gegen politische Gegner und der Ausnahmezustand legalisiert.

Bei den Reichstagswahlen im März erreichte die NSDAP lediglich 43,9 Prozent der Stimmen, war also auf eine Koalition mit der DNVP angewiesen, um auf eine einfache Mehrheit im Parlament zu kommen. Am 23. März wurde dann das Ermächtigungsgesetz verabschiedet, das die Reichsregierung ermächtigte, ohne parlamentarische Zustimmung selbst Gesetze zu erlassen. Dies war das Ende der parlamentarischen Demokratie und der Gewaltenteilung. Möglich wurde das Gesetz, weil die kommunistischen Mandate zuvor annulliert worden waren und die anderen Parteien außer der SPD geschlossen für das Ermächtigungsgesetz stimmten.

Durch ein Gleichschaltungsgesetz wurden in den Länderparlamenten die Sitze entsprechend den Sitzverhältnissen im Reichstag festge-

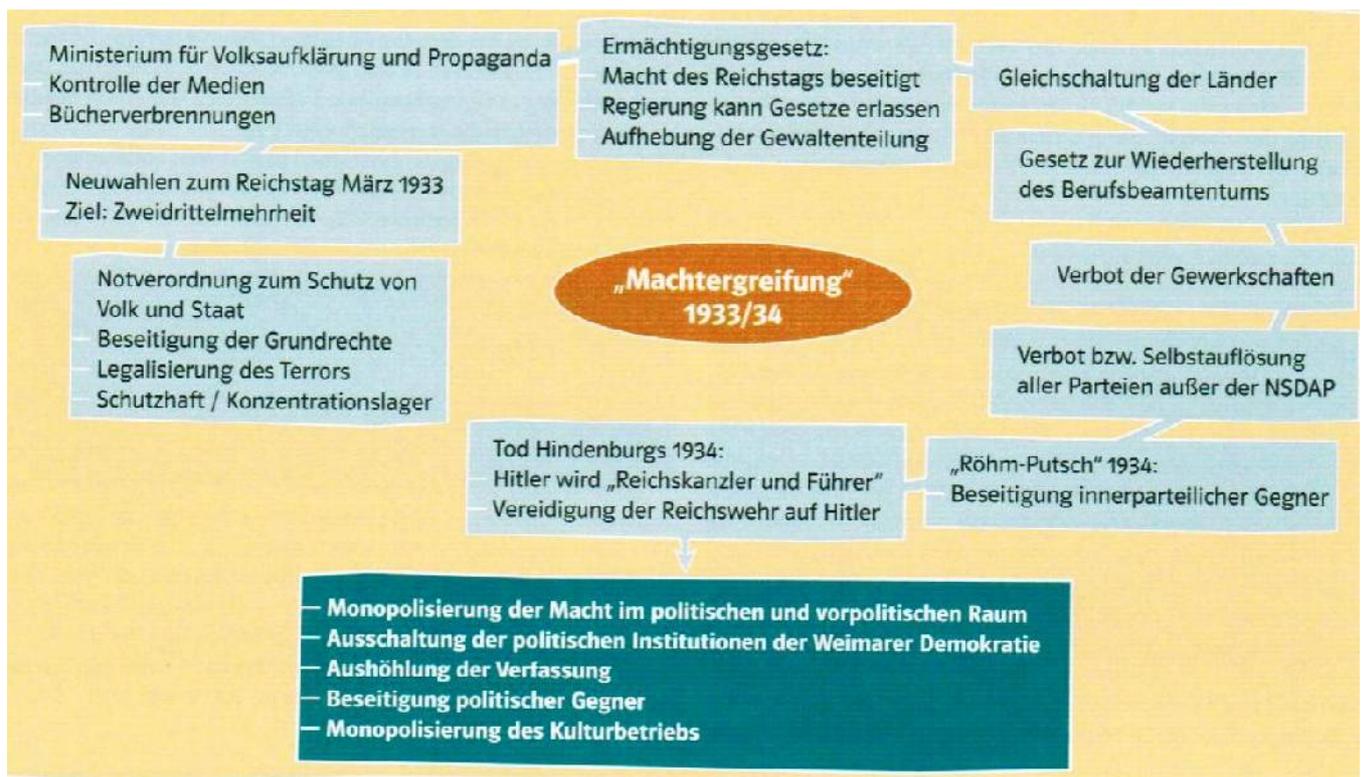
legt. In allen Ländern herrschte nun die NSDAP mit der DNVP. Damit wurde eine Opposition durch die Reichsländer ausgehebelt.

Durch das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 wurde der Beamtenapparat von Juden und oppositionellen Kräften „gesäubert“. Am 2. Mai wurden die Gewerkschaften zerschlagen. Damit wurden Oppositionskräfte auch im vorparlamentarischen Bereich beseitigt. In der Folgezeit lösten sich die bürgerlichen Parteien selbst auf, die SPD wurde verboten, die Einparteiendiktatur war damit rasch etabliert.

Bereits im März 1933 war das Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda unter Joseph Goebbels eingerichtet worden. Mit diesem Apparat wurde der Kunst- und Kulturbetrieb gleichgeschaltet. Wer im Kulturbetrieb oder journalistisch tätig werden wollte, musste nun Mitglied in Organisationen sein, die vom Ministerium kontrolliert wurden.

Die innerparteiliche Opposition innerhalb der NSDAP bzw. der SA, die sich eine besondere Rolle im neuen System erhofft hatte, wurde durch die Morde im Umkreis des „Röhm-Putsches“ von 1934 beseitigt. Hitler entledigte sich bei dieser Gelegenheit mithilfe der SS und der Reichswehr seiner innerparteilichen Konkurrenten aus der SA und früheren Widersacher aus dem konservativen Milieu.

Unmittelbar vor dem Tod Hindenburgs im Sommer 1934 schaffte Hitler das Amt des Reichspräsidenten per Gesetz ab. Hitler vereinigte in seiner Person nun das Amt des Reichspräsidenten und das des Reichskanzlers als „Führer und Reichskanzler“. Die Angehörigen der Reichswehr wurden auf seine Person vereidigt. Hitler besaß nun die uneingeschränkte Macht in Deutschland.



## 6.4 Das Herrschaftssystem des NS-Staats

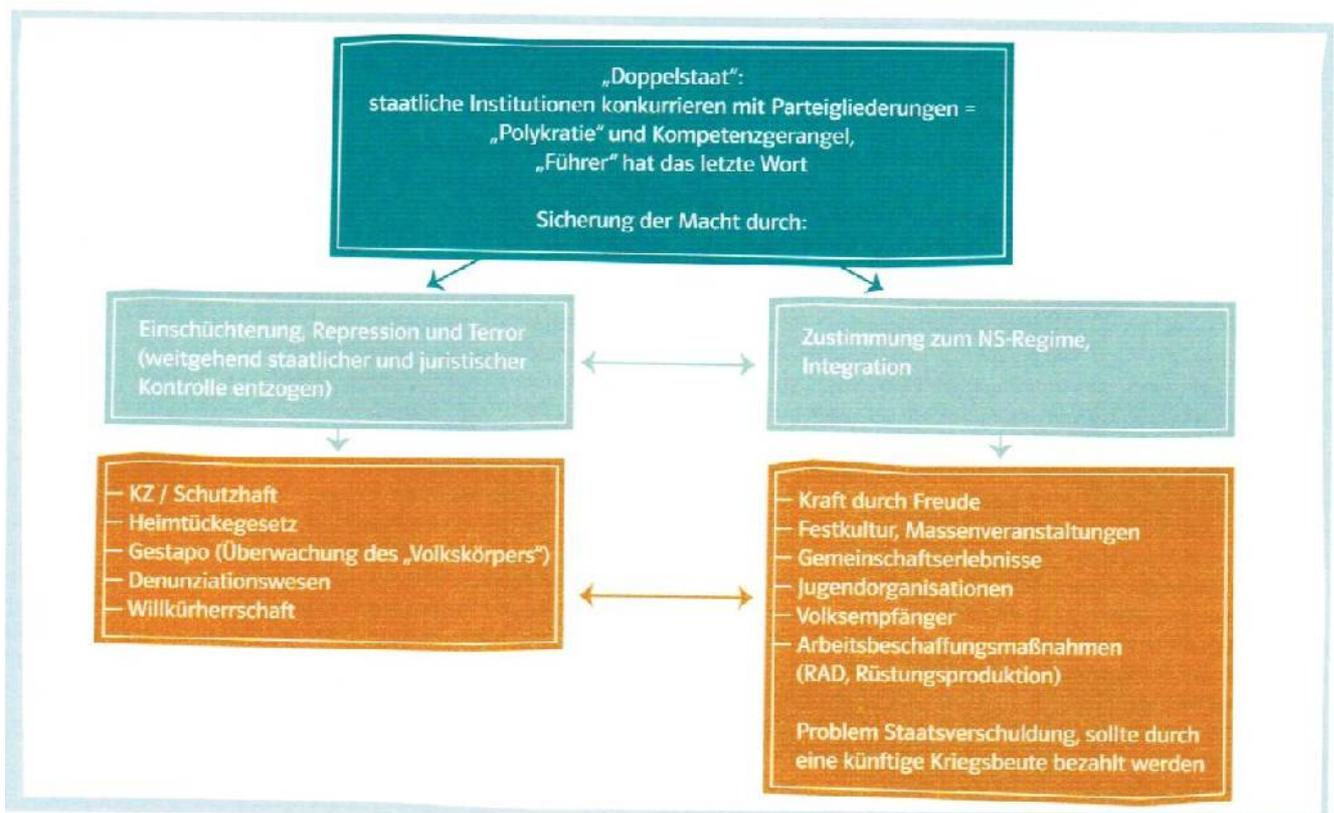
Im NS-Staat gehörten Kompetenzgerangel und Meinungsverschiedenheiten zur Tagesordnung. Neben den staatlichen Verwaltungs- und Regierungsstellen wurden parallel auch zahlreiche Parteigliederungen etabliert, die bezüglich ihrer Kompetenzen miteinander konkurrierten. Dies lag nicht zuletzt daran, dass Hitler als „Führer“ häufig keine klaren Anweisungen gab bzw. neben staatlichen Behörden Parteieinrichtungen mit Sondervollmachten schuf.

Innerhalb des diktatorischen Einparteiensystems des „Dritten Reichs“ sollten oppositionelle Kräfte eingeschüchtert und/oder ausgeschaltet werden. Diesem Ziel dienten als Institutionen die Gestapo und die bereits 1933 eingerichteten Konzentrationslager („Schutzhaft“), als gesetzliche Maßnahmen vor allem das Heimtückegesetz. Die Nationalsozialisten konnten sich ferner auf zahlreiche Denunzianten aus der Bevölkerung verlassen, die tatsächliche oder vermeintliche Gegner des Systems an Parteistellen verrieten.

Andererseits mussten die Nationalsozialisten auch um die Zustimmung der Bevölkerung werben, um ihre weitreichenden politischen und militärischen Weltmachtziele durchführen zu können. Tatsächlich fand das Regime relativ rasch eine breite Zustimmung in der Bevölkerung. Gründe dafür waren die erfolgreiche Revisionspolitik, als Bestimmungen des Versailler Vertrags gebrochen wurden und das Ausland diese Vertragsverletzungen hinnahm. Ferner stieß der rassistische Kampf gegen Minderheiten durchaus auf Zustimmung. Und schließlich gelang den Nationalsozialisten eine deutliche Reduzierung der Arbeitslosenzahlen. Möglich wurde dies etwa durch den

Reichsarbeitsdienst (RAD), die militärische Aufrüstung, die Wiedereinführung des Wehrdienstes sowie durch die konjunkturelle Erholung. Diese Erfolge gab es aber nicht ohne Preis: Die Löhne stagnierten auf niedrigem Niveau und die Arbeitszeit wurde verlängert. Und der Wirtschaftsaufschwung durch Rüstungsproduktion war mit einer massiven Staatsverschuldung verbunden, die durch die spätere Kriegführung wieder behoben werden sollte.

Die Gleichschaltung der öffentlichen Meinung durch einheitliche ideologische Informationen diente der Herrschaftssicherung des NS-Regimes (etwa durch den „Volksempfänger“). Betrieben wurde diese öffentliche Gleichschaltung vor allem durch das Propagandaministerium und die Deutsche Arbeitsfront. Neben den Medien erfolgte die Massenmanipulation auch durch die nationalsozialistische Festkultur mit ihren gewaltigen Aufmärschen. Diese sollten Gemeinschaftserlebnisse stiften und die Bevölkerung in nationalsozialistische Aktivitäten einbinden. Zugleich wurden auf diese Weise die Menschen unerschwellig auf den künftigen Krieg vorbereitet, indem sie bei diesen mit großem logistischem Aufwand inszenierten, disziplinierten Massenveranstaltungen gleichsam militaristische Praktiken und Denkmuster einübten.



## 6.5 NS-Außenpolitik bis 1939

Laut seiner offiziellen Verlautbarungen verfolgte das NS-Regime eine Politik der friedlichen Revision des Versailler Vertrags. Tatsächlich aber – und das machte Hitler in internen Erklärungen unmissverständlich klar – ging es in der NS-Außenpolitik nicht nur um eine Wiedererlangung der internationalen Gleichberechtigung Deutschlands. Hitler beschwor vielmehr die führende Rolle der „arischen Rasse“ in der Weltpolitik.

Zunächst aber ging es nach der „Machtergreifung“ darum, das vom Nationalsozialismus verunsicherte europäische Ausland zu beschwichtigen. Dem dienten das in größter Eile mit dem Vatikan ausgehandelte Reichskonkordat (1933), das das NS-Regime diplomatisch aufwertete, sowie der Nichtangriffspakt mit Polen (1934).

Als Hitler einigermaßen sicher im Sattel saß und das Saarland mit großer Abstimmungsmehrheit dem Deutschen Reich eingefügt worden war, wurden in der Außenpolitik tiefere Nadelstiche gegen die früheren Kriegsgegner gesetzt – die jetzigen Maßnahmen verstießen eklatant gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrags. 1935 wurde die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt, die deutsche Armee (jetzt als „Wehrmacht“ bezeichnet) wurde drastisch vergrößert. Rasch darauf folgte das britisch-deutsche Flottenabkommen, das eine deutsche maritime Wiederaufrüstung ermöglichte. 1936 wurde das entmilitarisierte Rheinland von deutschen Truppen besetzt, was die Alliierten zähneknirschend hinnahmen. Im selben Jahr unterstützten die Deutschen den Putsch der spanischen Faschisten gegen die spanische Republik (Legion Condor) und erprobten die neue deutsche Luftwaffe bei

der Auslöschung der baskischen Stadt Guernica. In dieser Zeit wurde die Achse Berlins mit dem faschistischen Italien geschmiedet (Achse Berlin-Rom). 1938 kam es zu dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich, der in Deutschland wie in Österreich frenetisch bejubelt wurde. Dann setzte die Nadelstichpolitik gegen die junge Tschechoslowakei im überwiegend von Deutschen besiedelten Sudetenland ein. Vor dieser erpresserischen Politik mussten nicht nur die Tschechen kapitulieren, hier gaben auch die Alliierten nach. Auf der Münchner Konferenz 1938 billigten sie Hitlers Forderungen (Appeasementpolitik). Dies geschah in der Hoffnung, dass die Nationalsozialisten nun endlich ihre Ziele erreicht hätten, ohne dass es zu einem erneuten Krieg gekommen wäre. Erst als die Nationalsozialisten im Frühjahr 1939 die „Rest-Tschechei“ besetzten, entschlossen sich England und Frankreich zu einer deutlicheren Haltung gegenüber der aggressiven Revisionspolitik Deutschlands und gaben Garantieerklärungen gegenüber dem bedrohten Polen ab.

Da die Westmächte der UdSSR unter ihrem Diktator Josef Stalin misstrauten, kam es zu keiner Vereinbarung zwischen der UdSSR und den westlichen Staaten. Stalin wollte aber vor einem befürchteten Angriff des nationalsozialistischen Deutschlands noch Zeit gewinnen und schloss daher mit den Deutschen einen Vertrag. Dieser Hitler-Stalin-Pakt (August 1939), der in einem geheimen Zusatzprotokoll eine Aufteilung Polens zwischen Deutschland und der Sowjetunion vorsah, ermöglichte Hitler den Angriff auf Polen im September 1939.



## 6.6 Der Zweite Weltkrieg

Am 1. September 1939 wurde Polen vom Deutschen Reich überfallen und rasch erobert. In weiteren „Blitzkriegen“ wurden bis Juni 1940 Dänemark, Norwegen, die Benelux-Länder sowie Nordfrankreich besetzt. Gemeinsam mit Italien kämpfte die Wehrmacht, insgesamt wenig erfolgreich, auf dem Balkan, in Griechenland und in Teilen Nordafrikas.

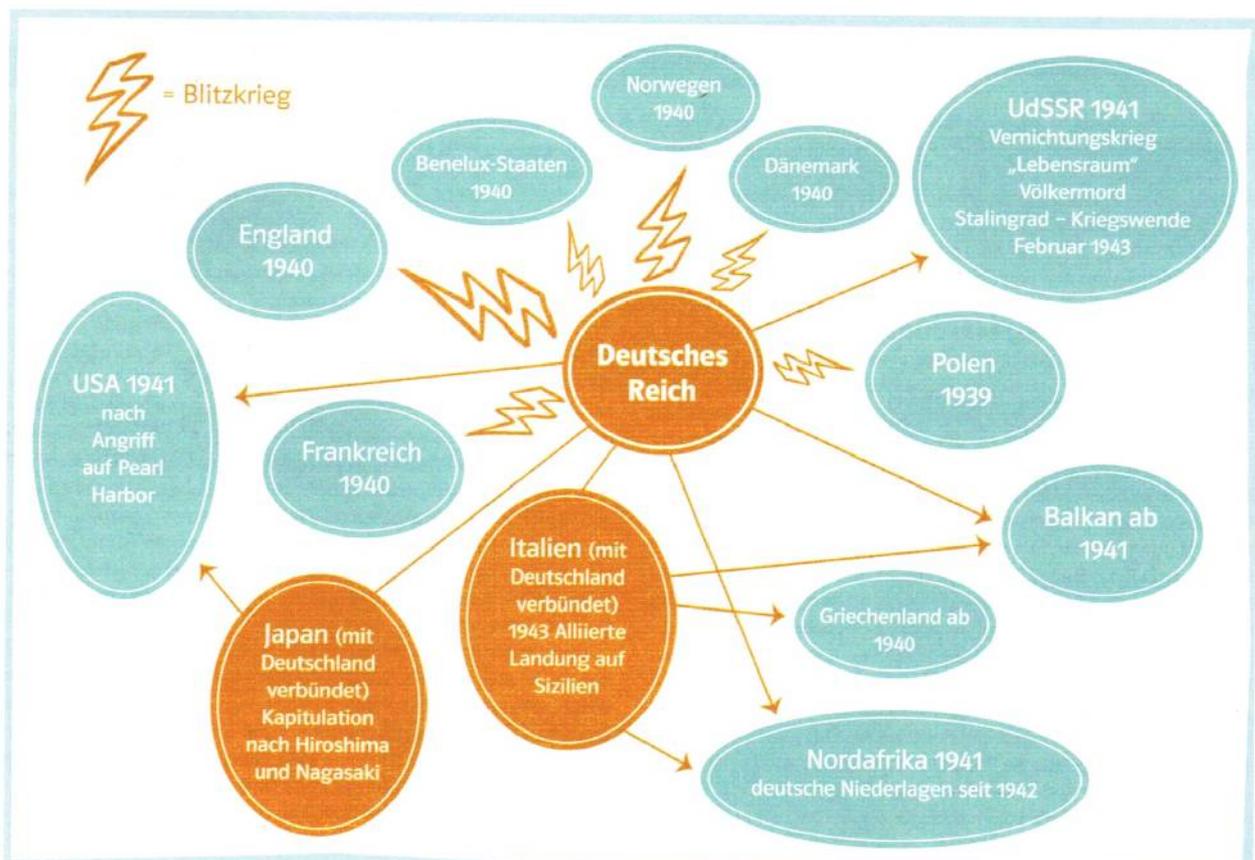
Der Versuch, die Lufthoheit über England zu gewinnen, scheiterte an der englischen Abwehr, der Plan einer Invasion musste daher aufgegeben werden.

Seit 1940 bestand ein Bündnis zwischen dem Deutschen Reich und Japan (Achse Berlin-Rom-Tokio), das 1941 den US-amerikanischen Flottenstützpunkt in Pearl Harbor auf Hawaii angriff. Daraufhin erklärten Deutschland und Italien auch den USA den Krieg. Damit manövrierten sich beide Partner in eine militärisch letztlich hoffnungslose Situation.

Im Juni 1941 begann das Unternehmen „Barbarossa“, ein Vernichtungsfeldzug gegen die Sowjetunion. Ziel war die Gewinnung neuen „Lebensraums“ für die „arische Rasse“. Die Vertreibung und Vernichtung der „minderwertigen“ slawischen Bevölkerung sowie die systematische Ausplünderung Russlands gehörten zum zentralen strategischen Konzept der deutschen Kriegführung. An den zahllosen Verbrechen, die Deutsche in Polen und in der Sowjetunion (und andernorts) verübten, war entgegen anders lautender Behauptungen nicht selten auch die Deutsche Wehrmacht maßgeblich beteiligt, keineswegs nur die SS. Das Unternehmen „Barbarossa“ endete für Deutschland katastrophal mit der Schlacht von Stalingrad, bei der Hitlers 6. Armee im Winter 1942/1943 vollständig aufgegeben wurde. Hunderttausende Menschen, sowjetische und deutsche Soldaten und unzählige sowjetische Zivilisten starben allein bei dieser Schlacht. Nach Stalingrad rief Joseph Goebbels zum „totalen Krieg“ auf.

Da immer mehr deutsche Männer in die Wehrmacht eingezogen wurden und damit nicht mehr in ihren Betrieben arbeiten konnten, wurden nun männliche und weibliche Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in immer größerem Umfang zu Sklavenarbeiten in der deutschen Landwirtschaft und vor allem der Rüstungsindustrie eingesetzt. Da Deutschland nur über begrenzte Ressourcen verfügte und an eine Selbstversorgung (etwa mit Benzin) nicht zu denken war, war die deutsche Kriegswirtschaft der der Alliierten dennoch weit unterlegen.

Nachdem die „Luftschlacht über England“ verloren worden war, die deutsche Kriegführung in Afrika unter anderem von England zum Stillstand gebracht werden konnte und der deutsche Vormarsch in der Sowjetunion stockte, wendete sich das Blatt endgültig. Durch zahllose Bombenangriffe Englands und der USA wurden vor allem deutsche Städte zerstört, weniger indes Industrieanlagen. 1943 wurde die 6. Armee in Stalingrad eingekesselt, im selben Jahr landeten die Alliierten auf Sizilien. Italien kapituliert rasch. 1944 landeten die Alliierten in der Normandie, befreiten Frankreich und rückten rasch gegen die Reichsgrenze vor. Zeitgleich rückte die Rote Armee gegen Westen vor und gelangte 1945 aufs Reichsgebiet. Hitler beging am 30. April 1945 Selbstmord, sein Nachfolger Admiral Dönitz musste am 8. Mai bedingungslos kapitulieren. – Im Pazifik ging der Krieg noch weiter, bis die Amerikaner zwei verschiedene Atombomben, einen völlig neuen Waffentyp, mit verheerenden Folgen an den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki erprobten. Im September 1945 kapitulierte daraufhin auch Japan. Der Zweite Weltkrieg, der schätzungsweise 55 Millionen Menschen das Leben gekostet hatte, war vorbei.



## 6.7 Der Völkermord an den europäischen Juden

Der rassistisch begründete Antisemitismus bildete den Kern der nationalsozialistischen Ideologie. Der Antisemitismus selbst war in den Gesellschaften Europas weit verbreitet, insbesondere bei bürgerlichen Zwischenschichten. Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten gewann diese Haltung aber eine neue Qualität: Die antijüdischen Maßnahmen des NS-Regimes wurden nicht nur staatlich organisiert und legitimiert, sie nahmen auch seit 1933 kontinuierlich an Schärfe zu und erreichten letztlich mit dem Holocaust, dem Mord an über fünf Millionen europäischen Juden, ein Ausmaß, wie es in keinem anderen Land der Welt je existiert hatte.

Am 1. April 1933 wurde erstmalig zu einem Boykott jüdischer Geschäfte, Anwälte und Ärzte aufgerufen. In der Folgezeit wurden Juden aus dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben ausgegrenzt, ihre Möglichkeiten zur Erwerbs- und Berufstätigkeit wurden stark eingeschränkt, wenn nicht sogar völlig verhindert. Die 1935 verabschiedeten Nürnberger Gesetze verboten Ehen und sexuelle Kontakte zwischen Juden und Nichtjuden. Am 9. November 1938 organisierte die SA, als Reaktion auf ein von einem deutschen Juden ausgeführtes Attentat, die Reichspogromnacht. Bei dieser wurden zahlreiche Synagogen zerstört, jüdische Geschäfte wurden geplündert und Juden misshandelt. 30.000 jüdische Deutsche wurden in KZs inhaftiert.

Mit dem Kriegsbeginn 1939 setzten auch die Überlegungen zur „Lösung der Judenfrage“ ein, die sich zur „Endlösung der Judenfrage“ (Wannsee-Konferenz 1942) ausweiten sollten. Die militärischen Niederlagen der deutschen Armeen nach den ersten Kriegsjahren forcierten diese Überlegungen aller Wahrscheinlichkeit nach. In Polen wurden systematisch Massenmorde an jüdischen Intellektuellen durchgeführt und Juden massenhaft deportiert. Während des Vernichtungskriegs gegen die UdSSR wurden Millionen von Juden erschossen, deportiert

und in Vernichtungslagern fabrikmäßig getötet. Den „Höhepunkt“ erreichten diese Maßnahmen mit den Planungen der Wannsee-Konferenz. Zahlreiche Behörden und Betriebe bis hin zur Reichsbahn waren an den Massenmorden beteiligt.

Von dieser Politik waren indes nicht nur Juden betroffen, sondern auch andere soziale und nationale Gruppen, die in der rassistischen Ideologie als „minderwertig“ galten: Sinti und Roma, Angehörige von slawischen Völkern („Untermenschen“), Homosexuelle, „Bibelforscher“ (Zeugen Jehovas) und andere. Um die Maßnahmen zu tarnen, wurden die Vernichtungslager vorwiegend im Osten (vor allem in Polen) eingerichtet. Dort mussten zahllose Deportierte, die nicht sofort „selektiert“ wurden, in deutschen Betrieben Zwangsarbeit leisten. Die wenigsten überlebten.

Durch die schrittweise Ausdehnung der Exklusion von Juden aus dem sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben „gewöhnten“ sich große Teile der deutschen Bevölkerung daran und nahmen dies eher gleichgültig hin. Auch deshalb, weil zahlreiche Bürger von den „Arisierungsmaßnahmen“ wirtschaftlich profitierten.

Die nach 1945 von vielen Menschen aufgestellte Behauptung, man habe von dem millionenfachen Mord nichts gewusst, ist aus heutiger Sicht nur schwer vorstellbar. Das aus diversen Gründen: Viele Diskriminierungspraktiken fanden ganz öffentlich statt. Juden „verschwand“ aus der Nachbarschaft. Das System der Konzentrationslager und der zahlreichen Nebenlager umfasste trotz der Konzentration auf den Osten große Teile des Staatsgebiets des Deutschen Reichs. Organisatorisch waren einige Hunderttausend Menschen in die Tötungsmaschinerie eingebunden, darunter zahlreiche Wehrmachtangehörige.

Das Ausmaß des verbrecherischen Geschehens ist grafisch kaum darstellbar. Historiker debattieren bis heute, ob das verbrecherische Geschehen erklärbar oder „historisch einmalig“ und damit unerklärbar bleiben muss.

1933: Boykott und Berufsverbote

1935: Nürnberger Gesetze

9. November 1938: Reichspogromnacht / Ausreiseverbote / „Arisierung“ des jüdischen Vermögens

1941/42: „Endlösung der Judenfrage“ – systematische „fabrikmäßige“ Ermordung der Juden nach Wannsee-Konferenz

## 6.8 Opposition und Widerstand

Schon kurz nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler wanderten zahlreiche Künstler, Literaten und Politiker, die nun um ihr Leben fürchten mussten, aus ihrer deutschen Heimat aus. Sie setzten – sofern möglich – vom Ausland aus ihre Kritik an der nationalsozialistischen Diktatur fort, auch wenn sie nur einen begrenzten Einfluss auf die Geschehnisse im Deutschen Reich hatten.

Innerhalb Deutschlands leisteten den wohl massivsten Widerstand gegen die NS-Diktatur von Beginn an deutsche Kommunisten, obwohl oder gerade weil sie seit dem Reichstagsbrand als politische Feinde am vehementesten verfolgt wurden. Sie erbrachten dafür einen hohen Blutzoll. Die Sozialdemokratie suchte einen Weg zwischen Anpassung (um die Organisation zu retten) und Widerstand. Auch zahlreiche Sozialdemokraten bezahlten ihren Einsatz mit Folter und Tod.

Die Haltung der Kirchen war ambivalent. Ein Großteil der Pfarrer, Priester und Bischöfe arrangierte sich mit den neuen Verhältnissen. Das 1933 zwischen dem Deutschen Reich und dem Vatikan geschlossene Konkordat schwächte eine potenzielle Opposition ab. Weite Teile der evangelischen und auch der katholischen Kirche begrüßten den Wandel zu einem autoritären Staatsverständnis. Sie kritisierten zwar den Rassismus und die nationalsozialistische Uminterpretation der Bibel (wie es etwa die evangelische Bekennende Kirche tat), verstanden sich aber nicht als politische Widerstandsorganisation. Die Solidarität mit den bedrängten Juden beschränkte sich auf vereinzelte Aktionen; mit Sozialdemokraten oder Kommunisten wollte man ohnedies nichts zu tun haben. Dennoch prangerten vereinzelte Priester und Pfarrer

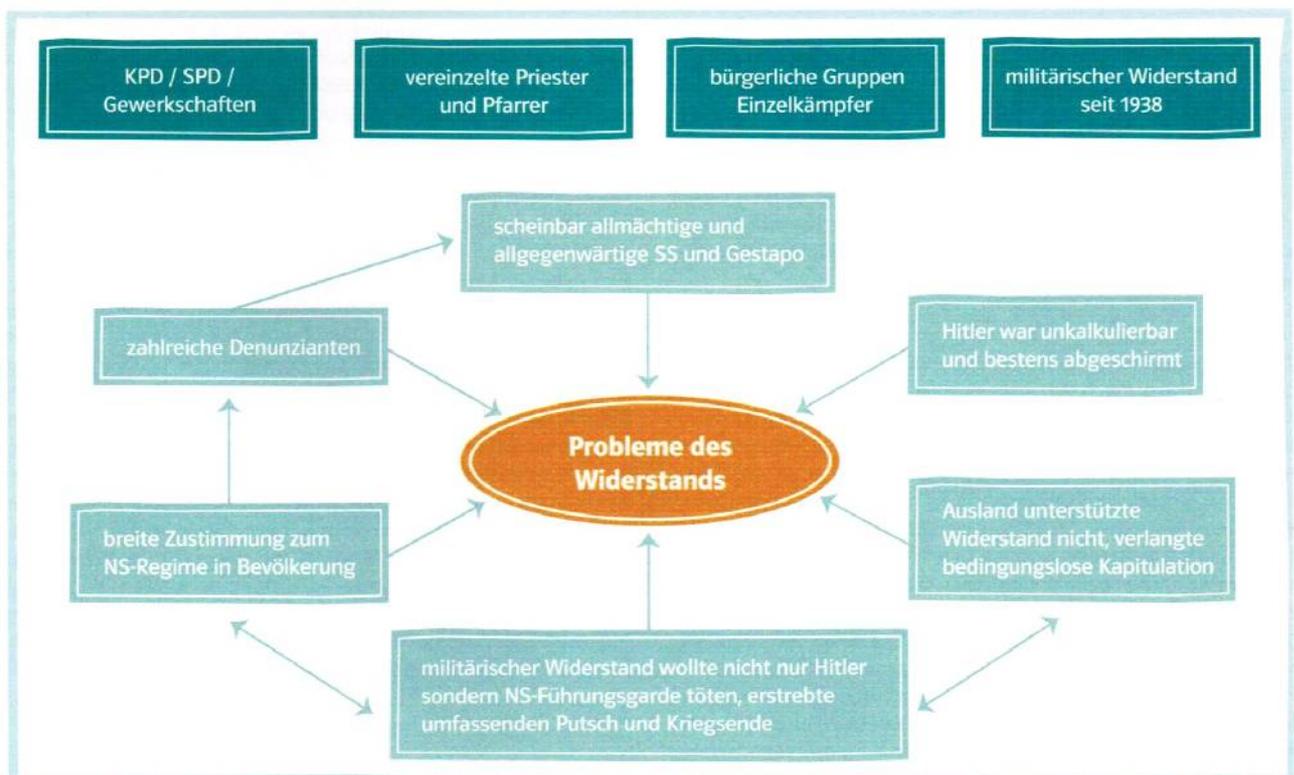
Im Zentralabitur 2012 nicht gefordert!

das verbrecherische Regime an. Sie fanden wenig Rückendeckung durch ihre Kirche.

Engagiert traten einzelne Privatpersonen oder bürgerliche Gruppen wie etwa die Weiße Rose dem NS-Regime entgegen. Die meisten bezahlten ihren Einsatz mit dem Leben.

Unter den Militärs gab es erst seit 1938 hörbaren, wenn auch vereinzelten Einspruch gegen einen erneuten Krieg. Die Wortführer wurden von Hitler rasch kaltgestellt, das Gros der Soldaten und Offiziere war von den raschen Blitzkriegen 1939/1940 fasziniert und Hitler daher treu ergeben. Vor allem die Gräueltaten von SS und Teilen der Wehrmacht beim Krieg im Osten lösten bei einzelnen Soldaten und Offizieren später vereinzelte Widerstandshandlungen aus, die schließlich in der Formierung eines militärischen Widerstands mündeten. Im Umkreis des Offiziers Graf Stauffenberg wurden Attentats- und Putschpläne ausgearbeitet. Doch am 20. Juli 1944 scheiterte ein Attentat auf Hitler. Hunderte von Verschwörern bezahlten den Attentatsversuch mit Folter und Tod.

Über die organisierten Gruppen hinaus gab es in Deutschland durchaus viele soziale Netzwerke, deren Angehörige nicht bereit waren, das nationalsozialistische Unrecht passiv hinzunehmen. Sie konnten aber in der Bevölkerung kaum mit Unterstützung und Sympathie rechnen, im Gegenteil: Viele Menschen, die Widerstand in unterschiedlichster Form leisteten, wurden Opfer dienstfeindlicher Denunzianten innerhalb der deutschen Bevölkerung.



## 7.1 Teilung Europas und Formierung der Blöcke

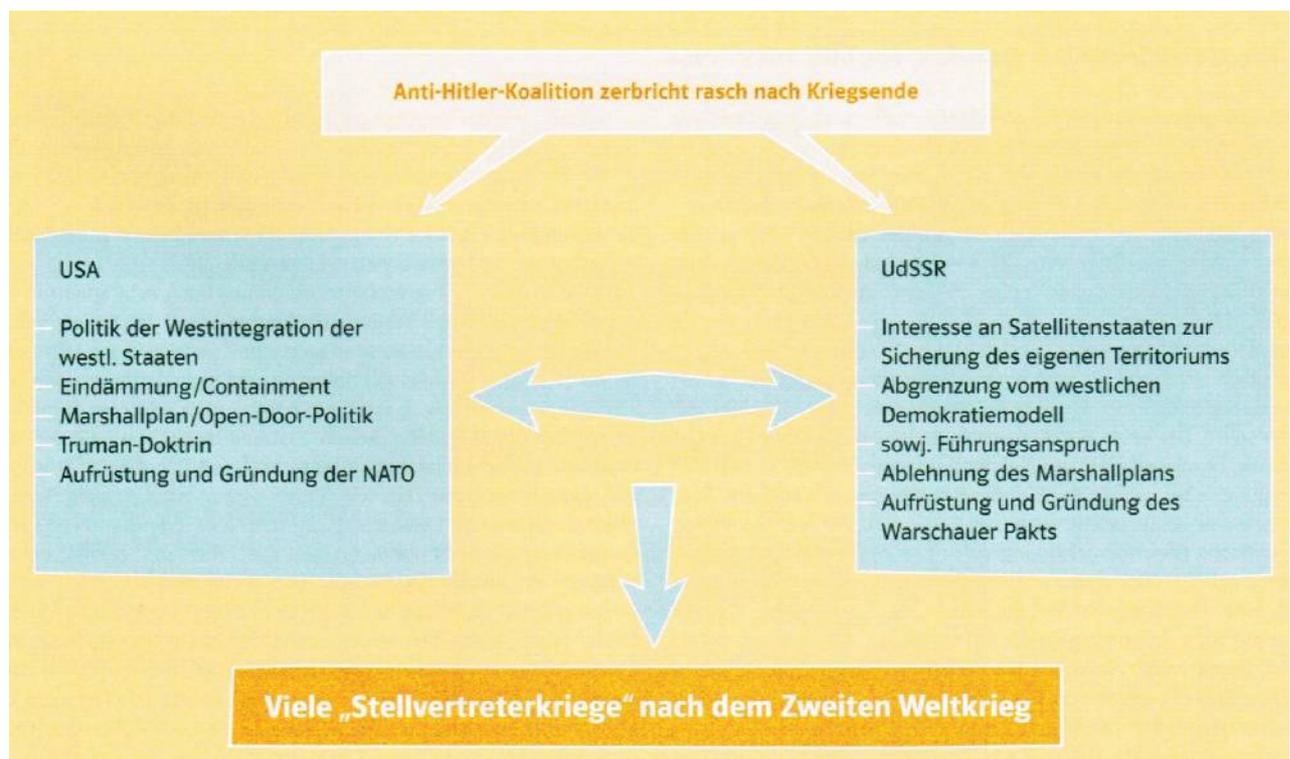
Bereits während des Zweiten Weltkriegs, als zwischen den USA, Großbritannien und der UdSSR Beratungen über die Weltordnung nach dem Sieg über das nationalsozialistische Deutschland stattfanden, zeichnete sich die Teilung der Welt in zwei Blöcke ab (Bipolarität). Nachdem Churchill und Roosevelt in der Atlantik-Charta (1941) und auf der Kriegskonferenz in Casablanca (1943) Grundsätze ihrer internationalen Politik formuliert hatten, folgten Konferenzen mit Stalin in Teheran (1943) und Jalta (1945). Auf diesen Treffen wurden die gemeinsamen Kriegsziele der „Großen Drei“ festgelegt, unter anderem die bedingungslose Kapitulation Deutschlands. Daneben wurden auch die gegenseitigen Einflussphären – Asien und Osteuropa sollten sowjetisches Interessengebiet werden – abgesteckt.

Die militärisch und ökonomisch dominierenden USA waren an der Herstellung eines freien Weltmarkts interessiert sowie an der Durchsetzung eines globalen Friedens- und Sicherheitssystems. Die Sowjetunion war durch den Krieg ökonomisch stark geschwächt und teilweise zerstört worden. Sie wollte ihre Einflussgebiete durch von ihr dominierte Satellitenstaaten absichern und zugleich ihre ökonomischen Verluste durch Demontagen ausgleichen. Die USA und die Sowjetunion unterstellten sich gegenseitig aggressiv-expansionistische Absichten. Die Vorstellungen über eine demokratische Ordnung waren in Ost und West entgegengesetzt: Den östlichen „Volksdemokratien“ und den westlichen parlamentarischen Demokratien lagen völlig verschiedene politische Ordnungsmodelle zugrunde.

Das gegenseitige Misstrauen verstärkte sich in den folgenden Jahren und mündete vereinzelt in offene Feindschaft. Die USA entwickelten eine Eindämmungspolitik (Containment), die ihren Ausdruck in der Truman-Doktrin (1947) fand. Diese bedeutete eine völlige Abkehr von der früheren amerikanischen Kooperationsbereitschaft mit

der Sowjetunion und machte den Antikommunismus zur führenden Leitidee der Amerikaner. Jedes weitere sowjetische Vordringen sollte verhindert werden. Die Sowjets deuteten die amerikanische Politik als imperialistisch; sie ziele sogar auf die Vernichtung der Sowjetunion ab. Daher beschleunigte die UdSSR die „Sowjetisierung“ Osteuropas. Entsprechend interpretierte sie den Marshallplan (1948) als Teil der imperialistischen US-Strategie und verbot den Ländern in ihrem Einflussbereich die Annahme von amerikanischen Hilfsmaßnahmen. Die Amerikaner wollten ihrerseits mit dem Hilfsprogramm eine Liberalisierung des Handels im Interesse des amerikanischen Kapitals erreichen; die Finanzspritzen für zerstörte westeuropäische Ökonomien sollten auch den amerikanischen Unternehmen nützen.

Die USA verfolgten immer konsequenter den Weg der Demonstration militärischer Stärke. Resultat dieser Politik war die Gründung der NATO, zu der sich zehn europäische Staaten mit den USA und Kanada zusammenschlossen (1949); im Kriegsfall sollten sich diese Staaten gegenseitig Beistand leisten. In der östlichen Welt wurde daraufhin als Gegenstück der Warschauer Pakt (1955) gegründet. Im Osten wie im Westen führte dies zu einer inneren Integration der Lager. Kritiker dieser Politik galten auf beiden Seiten oft als Verräter; ihnen wurde vorgeworfen, die Interessen der jeweiligen Gegenseite zu vertreten. Die fatale Lagermentalität führte in den folgenden Jahrzehnten zu einer ungeheuren militärischen Aufrüstung der beiden Blöcke und zu zahlreichen Stellvertreterkriegen, bei denen sich kleinere Staaten gegenseitig bekriegten, die jeweils vom Osten beziehungsweise vom Westen politisch und militärisch unterstützt wurden.



## 7.2 Deutschland nach dem Krieg

Im Gegensatz zum Kriegsende 1918 besetzten die vier Siegermächte Deutschland 1945 vollständig. Ihre Militärgouverneure übernahmen die Regierungsgewalt. Die Potsdamer Konferenz (1945) proklamierte vier Leitprinzipien: Denazifizierung, Demilitarisierung, Dezentralisierung und Demokratisierung; geklärt wurden auch Grundfragen der Dekartellisierung und der Demontagen, die als Reparationen dienen sollten. Allerdings gab es zwischen den westlichen Besatzungsmächten und der Sowjetunion keinen Konsens über die inhaltliche Ausgestaltung dieser Grundprinzipien.

Im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess wurden die Hauptkriegsverbrecher verurteilt; in Spruchkammerverfahren mussten Erwachsene Auskunft über ihre Haltung im „Dritten Reich“ geben, allerdings galt diese Praxis als wenig effektiv und als ungerecht. Viele belastete Menschen konnten durch die Maschen schlüpfen. In der DDR wurden auch Angehörige früherer wirtschaftlicher und sozialer Eliten sowie politisch-ideologische Gegner der SED abgeurteilt.

Die Siegermächte mussten sich um die Repatriierung von Millionen Kriegsgefangenen, um das Schicksal von Millionen Zwangsarbeitern und sonstiger „Displaced Persons“ und um die Unterbringung von Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen bemühen. Angesichts der wenig intakten Infrastruktur und der beträchtlichen Zerstörung von Wohnraum durch die alliierten Bombenangriffe war dies ein gewaltiges Problem. Die Lebensverhältnisse waren außerordentlich bedrückend, nicht zuletzt aufgrund der extrem beengten Wohnverhältnisse und anhaltenden Versorgungsprobleme.

Die Reichsmark hatte infolge der nationalsozialistischen Inflationspolitik ihren Wert verloren. Die Menschen waren daher auf die primitive Tausch- und Naturalwirtschaft angewiesen. Der illegale

Schwarzmarkt blühte. Eigentumsdelikte gehörten zum Alltag und waren überlebensnotwendig. Für ein geordnetes Wirtschaftsleben war eine neue Währung unabdingbar; ebenso für die Auszahlung der ökonomischen Hilfeleistungen, die der Marshallplan (1948) vorsah. Aus diesen Gründen führten die Amerikaner 1948 in den drei westlichen Zonen eine Währungsreform durch. Da das neue Geld auch in den Berliner Westsektoren gelten sollte, dies aber nicht mit der Sowjetunion abgesprochen worden war, verhängten die Sowjets eine Blockade über Berlin. Die Stadt wurde über eine Luftbrücke fast ein Jahr lang durch Flugzeuge („Rosinenbomber“) versorgt. Diese humanitäre Aktion vertiefte die Spannungen zwischen Ost und West, förderte den Antikommunismus im Westen und begünstigte die Politik der Westintegration.

Vor allem für Flüchtlinge und Vertriebene, für ausgebombte Menschen, für überlebende KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter, die oft alles verloren hatten und ein völlig neues Leben beginnen mussten, war 1945 eine „Stunde null“. Für viele Deutsche änderte sich zunächst nur wenig. Der Traum von der deutschen Weltmachtstellung war jedoch endgültig ausgeträumt, der Führer-Mythos erledigt und der Radikalanationalismus delegitimiert. Unter diesen Vorzeichen hatte eine künftige Demokratie in Deutschland bessere Ausgangsbedingungen als nach 1918.



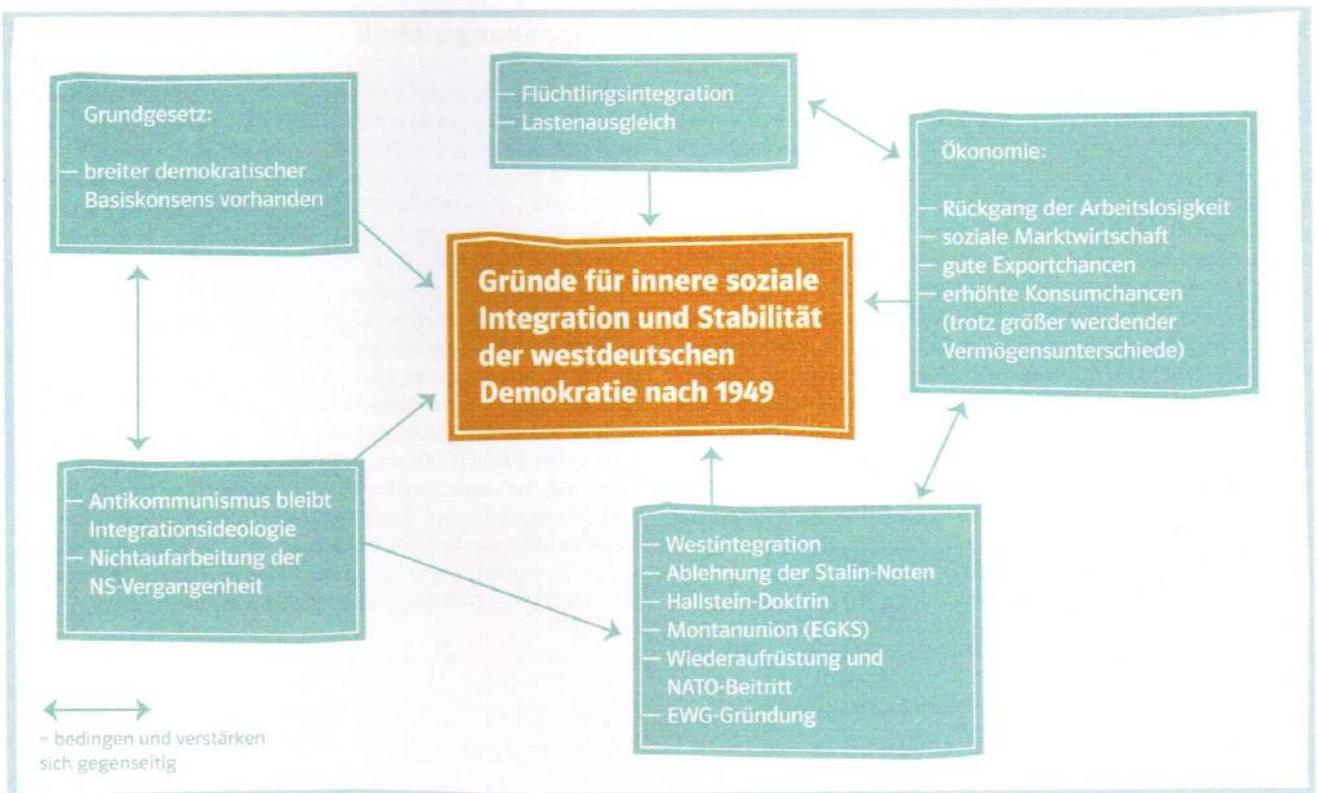
### 7.3 Die Geschichte der Bundesrepublik 1949–1966

Die Ausgangsbedingungen für eine stabile demokratische Ordnung waren nach 1945 beziehungsweise 1949 erheblich günstiger als nach dem Ersten Weltkrieg. Im Parlamentarischen Rat, der im Jahr 1948 unter der Oberaufsicht der westlichen Militärgouverneure das Grundgesetz – die vorläufige Verfassung der Bundesrepublik – beriet, gab es trotz zahlreicher unterschiedlicher Interessen und Konzeptionen einen grundsätzlichen Konsens über die künftige rechtliche und politische Grundordnung.

Beträchtliche Differenzen zwischen der CDU und der SPD gab es hinsichtlich der Frage, ob man die Wiederherstellung der deutschen Einheit oder die Westintegration als wichtigstes politisches Ziel verfolgen sollte. Der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, beschwor zwar das Ziel der deutschen Einheit; tatsächlich verfolgte er aber primär das Ziel der Westintegration. Weitere Ziele der deutschen Außenpolitik waren die Gewinnung äußerer Sicherheit, die politische Gleichberechtigung sowie die Wiedererlangung einer völkerrechtlichen Souveränität. Erreicht werden sollten diese Ziele durch eine „Politik der Stärke“ gegenüber der Sowjetunion, die nur durch die enge Anlehnung an die Politik der Westalliierten möglich schien. Damit wurde die Wiederherstellung der deutschen Einheit in die ferne Zukunft geschoben. Die Ablehnung der Stalin-Noten (1952), die unter bestimmten Bedingungen die deutsche Wiedervereinigung versprochen, sowie die strikte Politik der Nichtanerkennung der DDR und die Hallstein Doktrin (1955) entsprachen dieser antikommunistischen Grundorientierung.

Auf der Linie der Westintegration lag der deutsche Beitritt zur Montanunion, der einen politischen und ökonomischen Interessenausgleich vor allem mit Frankreich ermöglichte. Auch der NATO-Beitritt und die umstrittene Wiederbewaffnung beziehungsweise Gründung der Bundeswehr (beides 1955) sowie die Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1957) entsprachen dieser Politik.

Einen gewissen inneren Interessenausgleich ermöglichten die wirtschaftspolitischen Weichenstellungen unter der Kanzlerschaft Ludwig Erhards. Die soziale Marktwirtschaft verhiess einen Mittelweg zwischen ungezügelm Kapitalismus und sozialistischer Planwirtschaft. Sozialstaatliche Leistungen sollten soziale Härten abmildern und dem inneren Frieden dienen. Erstaunlich gut – auch durch den Lastenausgleich – gelang die Integration von Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen. Dies war auch möglich durch das sogenannte „Wirtschaftswunder“, also durch die rasche ökonomische Aufwärtsentwicklung, die nicht nur durch niedrige Löhne und Sozialleistungen möglich war, sondern auch durch den Koreakrieg und die Unterbewertung der D-Mark, die den deutschen Export begünstigte. In den 1950er-Jahren kurbelten verschiedene Konsumwellen auch die Binnennachfrage an, zunächst die „Fresswelle“ (Nahrungsmittel), dann die „Konsumgüterwelle“ (Bekleidung und Haushaltsinrichtungen), die Massenmotorisierung und die „Reisewelle“ und schließlich der Traum vom „Häuschen im Grünen“. Diese unpolitischen, ausschließlich am Konsum ausgerichteten Lebensstile gerieten allerdings in den späten 1960er Jahren zunehmend in die Kritik, damit war auch eine politische Neuorientierung verbunden.



## 7.4 Die Geschichte der DDR 1949–1961

Die Startbedingungen der DDR waren ungleich schwieriger als die der Bundesrepublik. Die Ostzone musste ebenfalls Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen aufnehmen, die aber bisweilen in den Westen weiterwanderten. Die materiellen Voraussetzungen waren deutlich schlechter, da die Ostzone über weniger Bodenschätze verfügte als die Westzonen. Die Enteignung des Großgrundbesitzes („Junkerland in Bauernhand“) hatte zunächst fatale Folgen, da die neuen „Bauern“ nicht über die nötigen Kenntnisse und Qualifikationen verfügten. Außerdem war die Ostzone beziehungsweise die DDR stärker als der Westen Deutschlands mit Reparationsforderungen der Sowjetunion und Demontagen belastet, und es gab nicht die humanitären und finanziellen Hilfsmaßnahmen, die im Westen die schlimmste Not linderten.

Die politischen Partizipationschancen waren angesichts der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED und der Statistenrolle, zu der die „bürgerlichen“ Parteien verurteilt waren, gering. Es gab keine unabhängigen Arbeiterorganisationen, mit denen die Erwerbstätigen ihre Interessen verfechten konnten.

Trotz aller Mängel und Reibungsverluste, die mit der Umstellung auf die staatliche Planwirtschaft verbunden waren, erzielte die DDR durchaus ein kleines Wirtschaftswunder. Ein politisches „Tauwetter“, das sich viele Menschen beim Tod des sowjetischen Diktators Stalin (5. März 1953) erhofft hatten, trat nicht ein. Staatliche Forderungen zum Konsumverzicht (geringere Löhne) bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Arbeitsnormen führten zu einem spontanen Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953, der sich auf die gesamte DDR ausweitete. Die SED-Führung war zunächst wie gelähmt, aber sowjetische Panzer schlugen den Aufstand rasch nieder. Die „Rädelsführer“ wurden verhaftet und in drakonischer Weise verurteilt. Das Spitzelwesen

(Stasi) wurde nun systematisch ausgebaut; dementsprechend fand die Staatsführung noch weniger Zustimmung in der Bevölkerung.

In den Folgejahren flohen immer mehr Menschen aus der DDR in den Westen. Vor allem junge und gut qualifizierte Arbeitskräfte kehrten der DDR den Rücken. Für die DDR-Ökonomie war das außerordentlich fatal. Die Warschauer-Pakt-Staaten ermöglichten der SED-Führung 1961 den Bau der Mauer, um den Flüchtlingsstrom nach Westen zu beenden. Die Westalliierten begrenzten ihre Reaktion – ähnlich wie beim Volksaufstand vom 17. Juni 1953 – auf rhetorische Drohgebärden. Die Garantie des Viermächtestatus für ganz Berlin verwandelte sich unter der Hand in eine Garantie für Westberlin. Offenbar waren die Westalliierten nur wenig an der deutschen Einheit interessiert, da sie einem ökonomisch starken, wiedervereinigten Deutschland argwöhnisch gegenüberstanden. In der DDR resignierte ein großer Teil der Bevölkerung und zog sich gleichsam in die innere Emigration zurück. Die Legitimationsprobleme des SED-Staates konnten auch in den folgenden Jahrzehnten nicht behoben werden.



## 7.5 Neue Ostpolitik im Rahmen der internationalen Entspannungspolitik

Durch den Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 und durch den Mauerbau 1961 wurde deutlich, dass der Westen weder willens noch in der Lage war, konkrete Schritte zu einer Wiedervereinigung Deutschlands zu unternehmen. Im Gegenteil, die internationalen Spannungen nahmen beständig zu und erreichten in der Kubakrise 1962 ihren vorläufigen Höhepunkt. Die Hallstein-Doktrin (der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik) verhinderte eine flexible deutsche Außenpolitik.

Vor diesem Hintergrund wurde in der sozialliberalen Koalition nach 1969 eine neue Ostpolitik entwickelt, die international durch die Entspannungspolitik der USA und der Sowjetunion flankiert war. Willy Brandt und Egon Bahr suchten einen „Wandel durch Annäherung“ durch offizielle Kontakte und Gespräche. Damit wurde die DDR zwar nicht völkerrechtlich, aber de facto anerkannt. Das schloss auch die Anerkennung der polnischen Westgrenze ein. Ergänzt wurde die Entspannungspolitik durch Gewaltverzichtserklärungen mit der DDR, Polen, der UdSSR und der ČSSR. Gegen diese Politik opponierten insbesondere die Vertriebenenverbände und die CDU/CSU, die einen „Verrat“ an deutschen Interessen beklagten.

Auf internationaler Ebene gab es Bestrebungen, den atomaren Rüstungswettlauf zu begrenzen, der insbesondere die Sowjetunion massiv belastete. Die SALT-Abkommen (1969 bis 1979) legten Obergrenzen für Raketenysteme fest. Allerdings tasteten sie die bisherigen Vernichtungspotenziale nicht an. Von großer Bedeutung war die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki (1975), an der auch die USA und Kanada teilnahmen. Die

Schlussdokumente verpflichteten alle Unterzeichner, die europäischen Grenzen durchlässiger zu machen und die Menschenrechte zu respektieren. Der KSZE-Prozess führte so mancherlei menschliche Erleichterungen in den verkrusteten Ost-West-Beziehungen herbei. Viele Oppositionelle und Dissidenten – etwa in der DDR – konnten sich in den Folgejahren auf die Helsinki-Dokumente beziehen.

Auf die Stationierung neuer sowjetischer Mittelstreckenraketen reagierte die Bundesregierung mit dem NATO-Doppelbeschluss (1979): Sollte die Sowjetunion nicht ihre neuen Raketenbasen abbauen, würde der Westen seine Rüstungsbestände entsprechend aufstocken. Als die UdSSR nicht einlenkte, kam die Entspannungspolitik – und mit ihr auch die sozialliberale Politik unter dem Brandt-Nachfolger Helmut Schmidt – an ihr vorläufiges Ende. 1983 setzte die neue Regierung unter Helmut Kohl (CDU) die sozialliberale Außen- und Deutschlandpolitik fort. Auf westdeutsche Wirtschaftshilfen reagierte die DDR mit weiteren menschlichen Erleichterungen und erweiterten Ausreisemöglichkeiten. Der Reise- und Warenverkehr zwischen Ost und West wurde intensiviert, und es kam zu vereinzelt kulturellen Kontakten. Die Stabilität des DDR-Regimes erhöhte sich dadurch nicht.



## 8.1 Der Zusammenbruch der Sowjetunion

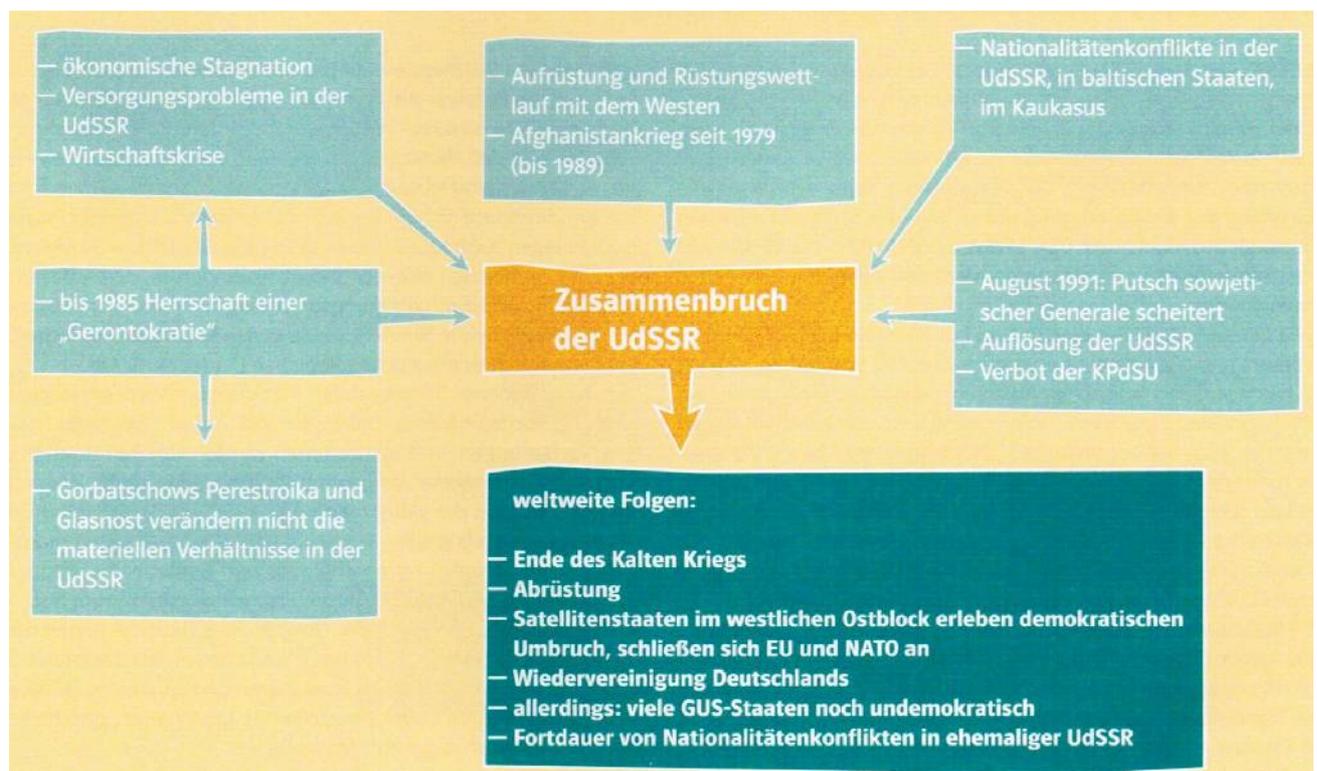
Als Michail Gorbatschow 1985 Generalsekretär der KPdSU wurde, setzte nicht nur eine neue Ära in der Geschichte des Ostblocks ein, auch die Epoche des Kalten Kriegs kam an ihr Ende. Die Sowjetunion war durch den weltweiten Rüstungswettlauf in eine tiefe ökonomische Krise geraten. Zugleich war sie in den Afghanistankrieg verstrickt (seit 1979) und stagnierte in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Die inneren Verhältnisse waren durch die vorangegangenen autoritären Regierungen in eine lähmende Stagnation, ja Lethargie verfallen.

Gorbatschows Politik zielte auf eine fundamentale Umgestaltung der Sowjetunion; Kernpunkte waren die Einleitung eines Demokratisierungsprozesses und der Umbau der Wirtschaftsordnung hin zu mehr Eigeninitiative und Eigenverantwortung. Das schloss auch die Reprivatisierung sozialisierter Betriebe ein. Seine zentralen Leitgedanken waren Perestrojka (Umbau, Umgestaltung) und Glasnost (Offenheit, Transparenz). Auch forderte Gorbatschow eine kritische Aufarbeitung der sowjetischen Geschichte. Die staatliche Kontrolle über die Medien sollte gelockert werden, eine öffentliche Diskussion auch von Tabuthemen sollte möglich sein.

Allerdings ließen sich die verkrusteten sowjetischen Strukturen nicht so rasch aufbrechen wie erhofft. Die Wirtschaftskrise nahm in den Folgejahren noch dramatischere Ausmaße an. Die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl (1986) versuchten die sowjetischen Behörden – wie andere Katastrophen zuvor – zu verschleiern und zu bagatellisieren. Gorbatschows innenpolitische Bilanz war dementsprechend ernüchternd, nicht jedoch seine Außenpolitik. Erfolgreich trieb er die Abrüstung und die weltweite Entspannungspolitik voran. Die

sowjetische Intervention in Afghanistan wurde abgebrochen. Gorbatschow öffnete damit (indirekt) den Weg zu den dramatischen politischen und vor allem unblutigen Umwälzungen in den sowjetischen Satellitenstaaten (u. a. in Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und in der DDR) im Jahr 1989.

In der Sowjetunion selbst nahmen die sozialen Spannungen angesichts der miserablen materiellen Verhältnisse zu. Zugleich wurden die jahrzehntelang repressiv unterdrückten nationalen Spannungen in dem Vielvölkerreich (vor allem in den drei baltischen Staaten wie auf dem Kaukasus) wieder lebendig. Estland, Lettland und Litauen erklärten nach gewaltigen Demonstrationen 1990 ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion; weitere Sowjetrepubliken trennten sich in der Folgezeit ebenfalls von der UdSSR. In dieser Situation der inneren Erosion der Sowjetunion putschten im August 1991 Repräsentanten der alten Ordnung gegen Gorbatschow, allerdings in ziemlich dilettantischer Weise. Der Putsch scheiterte rasch am Widerstand der Bevölkerung. Die führende Figur dieses Widerstands, Boris Jelzin, löste als demokratisch gewähltes Staatsoberhaupt Gorbatschow ab und ließ die KPdSU verbieten. Mehrere Republiken, die sich von der UdSSR abgespalten hatten, gründeten 1991 mit Russland die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Man vereinbarte eine ökonomische und politische Kooperation. Zu einer vollständigen Demokratisierung wie in den baltischen oder den meisten westlichen Staaten des ehemaligen Ostblocks, die in den Folgejahren den Anschluss an die EU und an die NATO vollzogen, kam es in den GUS-Staaten jedoch nicht.



### 8.3 Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1989/90

Während die Teilung der beiden deutschen Staaten von immer mehr Menschen als Normalität wahrgenommen wurde, verschärfte sich in der DDR die Legitimationskrise der SED-Herrschaft. Durch Gorbatschows Reformpolitik wurden einerseits Oppositionelle in der DDR ermuntert, andererseits verschärfte sich die „Doppelkrise“ der DDR – die Isolierung gegenüber dem Westen wie gegenüber ihren sozialistischen Bruderstaaten.

Als im August 1989 zeitweise die Grenze zwischen Österreich und Ungarn geöffnet wurde, flüchteten Tausende DDR-Bürger in den Westen. Großen Unmut und Protest hatten bereits die offenkundige Fälschung von Wahlergebnissen und die Solidaritätsbekundung der DDR-Führung für die chinesischen Machthaber ausgelöst, nachdem diese Studentendemonstrationen in Peking gewaltsam hatten niederschlagen lassen. Die Zahl der Ausreiseanträge in der DDR stieg daraufhin rapide an. Viele DDR-Bürger suchten Zuflucht in den westdeutschen Botschaften in Prag und Warschau. Parallel beteiligten sich immer mehr Menschen an den Montagsdemonstrationen in verschiedenen Städten der DDR, und es bildeten sich oppositionelle Vereinigungen – besonders im Umkreis der evangelischen Kirche. Weder die Ablösung Erich Honeckers durch Egon Krenz noch der Rücktritt des Ministerrats der DDR brachten die Massenproteste zum Erliegen. Die DDR-Führung kapitulierte schließlich und verkündete am 9. November 1989 die Öffnung der Berliner Mauer.

Für die Sowjetunion wie für den Westen kam der Zusammenbruch des SED-Regimes völlig überraschend; politische Konzepte für diese Situation waren nicht entwickelt worden. Frankreich und England standen einer deutsch-deutschen Einigung eher reserviert gegenüber. Anders als die USA fürchtete man ein erstarkendes Deutschland.

Die neue DDR-Regierung unter dem Reformkommunisten Hans Modrow schuf einen „Runden Tisch“ mit den Oppositionsgruppen, um über die weitere Entwicklung zu beraten. Die Ausreisewelle war nach der Maueröffnung deutlich angeschwollen und die DDR drohte „auszubluten“. In der DDR wurden die Stimmen, die für eine Wiedervereinigung plädierten, immer zahlreicher. In den sogenannten Zwei-plus-vier-Gesprächen (zwei deutsche Staaten, vier Siegermächte) wurden daraufhin rasch die Voraussetzungen für eine Vereinigung geklärt. Die Bundesrepublik sollte mit 20 Milliarden DM die Rückkehr der sowjetischen Soldaten finanzieren und die Bundeswehr deutlich abrüsten, im Gegenzug sollte das vereinte Deutschland die volle Souveränität erlangen. Mit der DDR-Regierung unter Lothar de Maizière wurde zunächst eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vereinbart und ein Einigungsvertrag ausgehandelt. Die staatliche Einigung trat dann am 3. Oktober 1990 in Kraft.

Der neue deutsche Nationalstaat entstand nicht wie im 19. Jahrhundert als Folge von Einigungskriegen, sondern aus der „Kraft der Selbstbefreiung“. In den neuen Bundesländern wurden die alten föderalen Strukturen (die Länder) wieder etabliert, die nun auch in die supranationalen Zusammenschlüsse wie die NATO und die EU integriert wurden. Gewaltige Transferzahlungen in die neuen Bundesländer trugen zu einer raschen Modernisierung der maroden Infrastruktur bei. Allerdings trauern einige Modernisierungsverlierer in den neuen Bundesländern noch den alten Verhältnissen nach.

